



Demokrat

tschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
tschossowatischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . K 2 10.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
jährlich . . . 192.—
Für Deutschland
monatlich K 2 10.—, für
Deutschland K 2 10.—,
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Wider die Reaktion.

Die deutsche Republik durchlebt jetzt schwere Tage. Seit zu Johannis der Blitz nicht aus heiterem, sondern aus dicht umwölktem Himmel fuhr, herrscht Gewitterschmelze. Nun gilt es, der drohenden Gefahren Herr zu werden, alles vorzulehren, um zu verhindern, daß die reaktionären Gewalten die Oberhand gewinnen. Daß diese unablässig am Werke waren, haben alle, die offenen Auges sind, gewußt; aber jetzt, da gegen sie der ernste Kampf anhub, enthielt sich erst ganz, wie ungeheuer in die Breite und in die Tiefe verzweigt die Verschwörung ist, die der Republik Deutschland den Garaus machen will.

Die deutsche Staatspolizei, geführt von ihrem Zentrum in Berlin, die sich einen Namen damit machte, daß ihr selten einer entkam, der sich in den Räuschen des heiligen bürgerlichen Rechtes versing, hat in den letzten Jahren gegenüber den Verbrechern an der Republik meist beide Augen zugeknippt, so daß man ihrem Bemühen, der Mörder Rathenaus habhaft zu werden, anfangs mit nicht allzugroßem Optimismus entgegen sah. Aber diesmal kam es doch anders, und das wohl deshalb, weil man in Berlin endlich zu erkennen begann, wie viel bei einem Mißerfolg dieser „Kazzia“ auf dem Spiele stände. Es geht um Sein oder Nichtsein der Deutschen Republik! Daß man den einen oder den anderen Rathenausmörder bereits zur Strecke brachte, und schon ein Duzend Personen, Offiziere und Studenten, vor den Richter stellte, der sie der Teilnahme an der Mordtat überführte, vermag eine gewisse Genugtuung bei jedem wahrhaften Republikaner und bei allen anständigen Menschen herbeizuführen; aber diese Verhaftungen sind nicht das Entscheidende, sie allein brachten niemandem zum Bewußtsein, in welsch schicksalsschweren Tagen Deutschland steht. Der sieberhaften Tätigkeit der Polizei in Berlin und in der ganzen deutschen Provinz war ein weit größerer Erfolg vergönnt: es ist ihr — ob mit oder ohne Absicht, ist in diesem Zusammenhange belanglos — in wenigen Tagen gelungen, der ganzen Welt aufzuzeigen, daß sich in allen Teilen Deutschlands eine weitverzweigte deutschnationale Mördergesellschaft organisiert hat, die planmäßig auf die Ermordung aller führenden gegnerischen Politiker, auf die Beseitigung der Republik und auf die Restaurierung der Hohenzollern hinarbeitet. Geführt wird diese Organisation, das „Epreng- und Mordkommando Consul“, von den Offizieren der ehemaligen kaiserlichen Armee, von monarchistischen Junkern und von rabaunationalistischen Studenten; von Halbverbrechern, die nichts, und solchen, die alles zu verlieren haben. Und von den verhafteten Hauptleuten Kapitänleutnant und Gymnasialisten, laufen tausend und abertausend Fäden hinüber zu Mitgliefern der deutschnationalen Volkspartei und „hin auf“ zu Ludendorff und Wittwig. Der verhaftete Student und Reserveleutnant Gänsher, dem die Mitwirkung an der Ermordung des deutschen Außenministers nachgewiesen wurde, war vor kurzem noch Privatsekretär Ludendorffs! Diese Tatsache allein beweist, daß man es in Deutschland nicht etwa mit einem kleinen Birkel unzurechnungsfähiger Verschwörer und Gewaltmenschen zu tun hat, sondern daß da eine zu allem bereite, gut organisierte Umsturzgesellschaft am Werke ist.

Der gewalttätige Tod Walter Rathenaus und die Enthüllungen, die die Verfolgung der Täter brachte, haben nun, ähnlich, aber noch weit stärker und drauender, wie in den Tagen des Kapp-Putsch, alle demokratischen und alle sozialistischen Elemente Deutschlands auf den Plan gerufen. Die gesamte Arbeiterschaft, ohne Unterschied der Richtung — und mit ihr das wirklich demokratisch gesinnte Bürgertum — hat sich endlich gegen die deutschnationale Verschwörer- und Mördergesellschaft erhoben und es steht zu erwarten, daß sich nun die Lichtscheuen und feigen anarchofischen Drahtzieher und deren Puppen bis in die tiefsten verstecktesten Schupswinkel zurückziehen werden. Wäre die meuchelnde deutsche Konterrevolution nicht so unsäglich tragisch, so könnte

Die Unabhängigen in der Regierung?

Eine Aufforderung der Sozialdemokraten. — Die Haltung der Kommunisten. — Auflösung des Reichstages.

Berlin, 1. Juli. (Eigenbericht.) Die deutsche Arbeiterschaft wird in diesen Tagen vor eine der schwierigsten Entscheidungen gestellt. Heute hat die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei an die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie die offizielle Anfrage gerichtet, ob sie bereit sei, zur Durchführung der Maßnahmen zum Schutze der Republik in die Koalitionsregierung einzutreten. Das Zentrum soll schon zugestimmt haben. Die deutsche unabhängige Partei wird ihre Entscheidung in einer Reichskonferenz fällen, die für Sonntag nachmittag nach Berlin ins Reichstagsgebäude einberufen ist.

Bisher hatte sich die Partei gegen die Teilnahme an einer Regierung mit bürgerlichen Parteien ausgesprochen und die Frage der Koalitionsregierung war auch zuletzt die hauptsächlichste Differenz zwischen beiden sozialistischen Parteien. Die Ermordung Rathenaus hat aber die Stimmung wesentlich verändert und weite Kreise der Partei sind jetzt der Auffassung, daß zum Schutze der Republik die Teilnahme an der Regierung notwendig sei. Die

Mehrheit der Landesparteiinstanzen

hat sich bereits in diesem Sinne ausgesprochen. Auch die Berliner Organisation der Partei wünscht, daß eine Aufforderung zur Regierungsbildung nicht negativ beantwortet werde.

Von kommunistischer Seite

werden die Unabhängigen schon jetzt angegriffen, trotzdem bei der Beratung der gemeinsamen aufgestellten Forderungen zum Schutze der Republik versprochen worden war, wenigstens während der jetzigen Bewegung die gehässige Bekämpfung der anderen Arbeiterparteien einzustellen. Die Kommunisten verlangen die Ausrufung einer Arbeiterregierung, auch wenn nur eine Minderheit der Bevölkerung hinter ihr stehe. Da sie aber, wie Abgeordneter Köhnen in der heutigen „Roten Fahne“ schreibt, eine sozialistische Regierung von der Art der jetzigen sächsischen nicht als eine Arbeiterregierung anerkennen, so verstehen sie unter dieser Parole offenbar die Ausrufung einer kommunistischen Diktatur, also die Herrschaft eines kleinen Teiles des Proletariats über die Mehrheit der Arbeiterklasse und zugleich über das gesamte übrige Volk.

Wie sich die Reichskonferenz der U. S. P. morgen entscheiden wird, ist ungewiß. Die Situation ist eben so ernst für die ganze Arbeiterbewegung wie für die eigene Partei. Bei der Erörterung der Teilnahme an der Regierung werden alle Gründe, die dafür oder dagegen sprechen, mit größter Sorgfalt und Gründlichkeit besprochen werden müssen. Wenn die Anfrage der Sozialdemokraten in bejahendem Sinne beantwortet werden sollte, so wird das ein wesentlicher Schritt zur

Wiedervereinigung der sozialistischen Bewegung

in Deutschland sein. Wird die Teilnahme an der Regierung abgelehnt, so dürfte die Auflösung des Reichstages unausbleiblich sein. Dann es ist vorläufig noch unwahrscheinlich, daß sich eine Zweidrittelmehrheit für die Forderungen der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien, die zum Schutze der Republik aufgestellt wurden, finden wird.

Der Mord an Erzberger.

Verhaftung von Mitschuldigen.

Berlin, 1. Juli. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Canabrü wurden dort der Fabrikant Fritz Froembling, der Fabrikdirektor Paul Mayer und der deutsche nationale Parteisekretär Landwehr wegen Bähilfe an der Ermordung Erzbergers verhaftet.

man den zweiten Akt des Schauspiels, der nach der letzten Mordtat spielt, in einer Hinsicht beinahe löstlich nennen. Dieser Akt begann mit der Flucht, offenartig schnellen Flucht des Mordgefindels, dessen „bravouröser Tat“ gewisse deutschnationale Blätter nicht die Achtung vor dem „Heldenmut“, vor dem „mannhaftesten Einreten für die eigene Ueberzeugung“ verjagen zu können glaubten. Und dieser zweite Akt endet, nachdem man mit der Aushebung der Mörderneister begonnen, damit, daß die Deutschnationalen, die planmäßig und unaufhörlich zum Morde gehen, deren Führer Helfferich, Westarp, Wulle und Konforten, ohne Unterlaß Propaganda gegen die Träger des republikanischen Gedankens und für Monarchie und „Revanche“ getrieben haben, angesichts der Erhebung des Proletariats plötzlich alle Schuld von sich wälzen möchten. Die deutschnationale Partei, die Verbrecher und Verbrecher nachgewiesenermaßen aktiv unterstützte, will jetzt die Blutschuld von sich abwaschen und beginnt — mit dem Ausschluß jener Mitglieder, die etwa Angehörige von Organisationen nach Art des Nordbundes C sind. Die „Völkischen“ sollen von den „Nationalen“ — welsch keiner Unterschied! — getrennt werden! Diese „Reinigungsaktion“ beweist, daß die Monarchisten am Ende ihres Lateins angelangt sind, daß ihnen vor den Geistern, die sie riefen, lange wird. Ihr Versuch, den politischen Mord an Rathenaus als den bedauerlichen Schritt einiger „junger sozialistischer Gymnasialisten“ hinzustellen, ist ebenso kläglich wie verachtenswert. Denn abgesehen

Die „Christlichen“ gegen den deutschen Streik.

Berlin, 1. Juli. (Wolff.) Der christliche Gewerkschaftsbund fordert die christlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, an dem für nächsten Dienstag von den sozialdemokratischen Gewerkschaften und Parteien angelegten Streik nicht teilzunehmen, weil ein derartiger Mißbrauch der gewerkschaftlichen Mittel die Not nur vergrößere und nicht zum Schutze der Verfassung diene.

darob, daß die Deutschnationalen den Geist der Rache und Unbuddhsamkeit, des Hasses und der Rordlust, an Mittel- und Hochschulen in die Köpfe der empfänglichen Jugend hämmerten und darum auch die Schuld an dieser Tat der „Vendäl“ tragen — abgesehen davon, stehen an der Spitze des Mordkomplotts und an erster Stelle der aufgedeckten Geheimorganisationen, als Agitatoren und Bannenträger der Deutschnationalen, kaiserliche Offiziere, die von den politischen Führern mit ungeheuren Geldsummen unterstützt wurden.

Alle Reinwaschungsversuche werden also nicht hindern, daß das deutsche Proletariat, nachdem es so klar erkannt hat, wie stark sein Feind ist, mit welschen Mitteln er arbeitet und woher er die geistigen und die materiellen Mittel bezieht, alle ihm zu Gebote stehenden Kräfte zur Niederzwingung der Reaktionäre zusammenfaßt. Ueber allen Meinungsstreit hinweg, für den Tag wenigstens alles Trennende verlassend, ist es aufgestanden, um Schulter an Schulter die Gegenrevolution niederzuzwingen. Die Forderungen, die von den sozialistischen Parteien gemeinsam aufgestellt wurden, sind aus der Erkenntnis gewachsen, daß es alles festzuhalten gilt, was sich die deutsche Arbeiterschaft in den blutigen Tagen der Kriegs- und Nachkriegszeit erobert hat. Wider die politische und wider die geistige und wirtschaftliche Reaktion hat die Arbeiterklasse Deutschlands mobil gemacht; wir hoffen und wünschen sehnlichst, daß ihre Fahne, die Fahne der Revolution, sieghaft sei!

Das Lehrer-„Paritätsgesetz“.

Vom Abgeordneten Max Hoffmann.

Das „Hohe Haus“ im Rudolfsinum hat also in mitternächtlicher Stunde — vom 24. auf den 25. Juni — das Paritätsgesetz „wiederhergestellt“. So sagt man wenigstens. Ich erinnere an die Tage unseligen Gedankens, da der Schulmeister mit seinen Schulgehilfen in tiefer Devotion vor Sr. Hochwürden dem Pfarrer zu sterben hatte, an die Zeit, da der besagte Schulmeister am Samstag den Schulkreuzer einheben durfte, jene Bonnemonden der Ultramontanen, die die heutigen Alexikalen mit heißer Sehnsucht zurückwünschten: die Zeit des Konkordats. Im Jahre 1869 schuf der österreichische Reichsrat das Dreivierteljahrsgesetz, das die „Perle der Gesetzgebung“ genannt war und einen mächtigen Fortschritt bedeutete. Die Regelung der Rechtsverhältnisse der Lehrer, insbesondere die Regelung der Dienstbezüge blieb den Ländern überlassen. Mit aller Schärfe ist immer und immer wieder zu betonen, daß die Herren Bürgerlichen aus allen Parteien und Nationen sich als echte Vertreter ihrer, d. h. der bestehenden Klassen erwiesen haben: in den Landtagen der ehemaligen Königreiche und Länder haben die Vertreter der Bourgeoisie im innigsten Vereine mit Alexikalen und Aristokraten nicht nur jede freie Regelung in der Lehrerschaft unterdrücken helfen; sie haben als das geeignetste Mittel hierzu betrachtet, die Lehrer der Not und dem Elend preiszugeben.

Jahrzehntelang reißt sich die Lehrerschaft auf im stillen, aber umso zäheren Ringen um ihr Recht. Der Umsturz schien der gequälten Lehrerschaft Rettung und Hure bringen zu wollen, der 28. Mai 1919 brachte das Paritätsgesetz. Das lateinische Wort pari bedeutet gleich, die durch das Gesetz gewährleistetete „Parität“ brachte den Lehrern die Gleichstellung mit den Beamten der 11., 10., 9. und 8. Rangklasse. Was die Revolutionsversammlung beschlossen hatte, meinte die auf verfassungsmäßigem Wege durch die Wahl hervorgegangene „shromázdeni“ nicht halten zu müssen und sie durchbrach das Paritätsgesetz vor Weihnachten d. J. 1921. Und so wundervoll funktioniert in dieser demokratischen Republik die — „Organisation“, daß schon am Neujahrstage d. J. 1922 den Lehrern ihre Bezüge bedeuend gekürzt wurden. Während die Beamten vom 1. März 1. J. nur Pensionsbeiträge, Steuern leisten mußten, wurden den Lehrern vom 1. Jänner angefangen neben diesen Abzügen 20 bis 30 Prozent der Anschaffungsbeiträge und der Notaushilfe gestrichen. Denn der Staat muß sparen, außerdem mit gutem Beispiel vorangehen, es handelt sich doch darum, den Lohnabbau zu beginnen. Unwährend die Nationalversammlung jenes Schandgesetz durchpeitschte, um der Ersparnis willen — sie sollte 150 bis 180 Millionen betragen — opferte die gleiche Nationalversammlung im edlen Wettstreit patriotischer Hingabe dem Militarismus, offen und verbüßt, an vier Milliarden, bewilligte sie 55 Millionen für Kultuszwecke.

Der Lehrerschaft bemächtigte sich tiefste Empörung. In zahllosen Kundgebungen forderte sie die Beseitigung dieses Unrechts. Die hohe Regierung mußte sich entschließen, die Wänderung des Dezember-Gesetzes und die Wiederherstellung der Parität vorerst zu versprechen. Sie setzte eine „interministerielle Kommission“ ein, jedes der 15 Ministerien entsandte einen Vertreter und diese Kommission empfing, wenn auch nicht vom heiligen Geiste, zwei wehmütter leisteten Beistand: die Tugend der Sparsamkeit wohl nicht, aber das Laster des Geizes und die glockengläubige Gedankenlosigkeit. Also gebar die im Dunkel tiefer Geheimnisse kreisende interministerielle Kommission jenen Entwurf, dem die Völk ihre Sanktion erteilt hat. Die Parität stellt er nicht her.

Nach zwei Richtungen ist das Gesetz interessant, je nach der Funktion der oberröhmten Beamten. Zunächst sei des finanziellen Effekts, auf den es vor allem ankommt, gedacht. Da fliegen also die Fachlehrer an Bürgerlichen aus der Gruppe B des Beamtenstufenschemas hinaus. Wenn auch nicht deutlich ausgesprochen, reißt das Gesetz vom 23. Mai 1919 die Bürgerliche Lehrerschaft in die Gruppe der Staatsbeamten mit einer Staatsprüfung, setzte also die Lehrbefähigung für Bürgerliche der ersten Staatsprüfung gleich. Die Mittelschullehrer besonders forderten die Möglichkeit, bis in die 5. Rangklasse vorrücken zu können. Diese aber sollte den Beamten mit Hochschulbildung vorbehalten bleiben. Wieder trat der „finanzielle Effekt“ in Erscheinung. Die Erschließung der 5. Rangklasse für die Mittelschullehrer hätte beiläufig 25 bis 30 Millionen Kronen verschlungen. Um aber sparen zu können und dabei doch so zu tun, als ob man läte, fand sich der Ausweg, die Fachlehrer aus B hinauszuregulie-

ren und die Handarbeitslehrerinnen aus C nach D zu reihen. Als „Äquivalent“ dieser Maßnahme gewährt man den Bürgererschullehrern dreieinhalb Dienstjahre Vorsprung vor den Volksschullehrern und am Ende ihrer Dienstzeit eine in die Pension einrechenbare Zulage. Bezeichnend ist dabei, daß Beamte oder Lehrer mit 35 Dienstjahren in den Ruhestand treten können; der zweite Teil jener Zulage aber wird erst ausgezahlt, wenn der Fachlehrer 37 Jahre im Dienste steht.

Berücksichtigt man zwei Beispiele stellt sich die Sache nun so dar, daß der ledige Fachlehrer gegenüber dem ledigen Staatsbeamten aus der Gruppe B innerhalb 40 Dienstjahren 27.492 K weniger bezieht, der verheiratete Fachlehrer, der für Frau und sechs Kinder zu sorgen hätte, bezieht während seiner ganzen Dienstzeit um 40.668 K weniger als der Beamte mit gleicher Vorbildung. Die Handarbeitslehrerinnen aus Bürgerfamilien aber bekommen innerhalb 40 Dienstjahren 11.678 K weniger als die Beamtin der C-Gruppe. Der Einzelne wird diese Verluste empfindlich spüren, besonders heute, da die Teuerung nicht nur nicht abgebaut wird, sondern täglich anwächst. Ganz besonders werden die Lehrer in den Industriegebieten, in den neueren nordböhmischen Gebieten den Verlust gewahren.

Der Staat spart ferner bei den Funktionszulagen der Schulleiter, er „spart“ — da nimmt die „Spartout“ geradezu entsetzliche Formen an — bei den Nebenlehrern, die, ohne die Befähigung zu besitzen, Unterricht erteilen; es sind diese meist Lehrer und Lehrerinnen für fremde Sprachen. Diese bekommen 75 Prozent des niedrigsten Gehaltsjahres als Remuneration angewiesen. Der Gesetzgeber scheint sich zu schämen, darum wendet er das fremd klingende Wort an, das die Schulleiter decken soll. Diese Nebenlehrer können nie dauernd angestellt werden, können mit sehr kurzfristiger Kündigung entlassen werden und haben keinen Anspruch auf Ruhegeld und Abfertigung. Geradezu barbarisch unmenschlich sind die Bestimmungen des Artikels III, der von der Stellvertretung im Lehrdienste handelt. Das Substitutenelement schreibt geradezu zum Himmel, es ist eines der schandvollsten Kapitel der Gegenwartsverhältnisse. Der Substitut — so nennt man den stellvertretenden Lehrer — wird nur für die Dauer des Bedarfes angestellt und natürlich nur für diese Zeit bezahlt; er hat keinen Anspruch auf Versorgung und bleibt immer auf der niedrigsten Gehaltsstufe. Während z. B. ein Staatsdiener, der nur die Volksschule besucht haben braucht, nach sechs Jahren in die 10., nach zwölf Jahren in die 9. Rangklasse vorrücken muß, bleibt der Jugenddiener auf der letzten Stufe der letzten Rangklasse. Aus dieser Feststellung soll aber niemand das Recht ableiten, zu folgern, wir gönnen dem Staatsdiener das Einkommen nicht. Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert. Wie aber die bürgerlich-demokratische Republik ihre jungen Lehrer bezahlt, das ist ein Skandal. Derselben unsoziale Bestimmung spricht aus dem Art. XII, worin „den Lehrern, Legionären und Soldaten der tschechoslowakischen Armee aus der Zeit nach dem 28. Oktober 1918“, wenn sie bis Ende d. J. 1919 „durch den Krieg unfähig wurden“, zehn Jahre für die Pension zugerechnet werden.

Auch daß den hochwürdigen Katecheten und Religionslehrern vernünftiger „höherer Befähigung und Bildung“ z. w. e. i Jahre zugerechnet werden, kennzeichnet das schöne Gesetz.

Ich habe bereits der Gedankenlosigkeit Erwähnung getan, die als die andere Annahme Bestand leistete. Aus purer Gedankenlosigkeit — vielleicht trat auch ein bißchen böse Absicht hinzu? — heraus lassen sich jene Bestimmungen erklären, die von der Lehrerverpflichtung sprechen. Die Leute, die diese Artikel fabrizierten, haben sicher keine Ahnung vom modernen Schulbetriebe. Ihnen erscheint der

Unterricht als mechanische Arbeit, der Lehrer als Stundenhalter, dem man 26 und 28 Stunden aufpehlen kann. Was für eine Auffassung von Bildung und Aufzuchtsgarantie die Leute gehabt haben mögen, erhellt auch daraus, daß sie den Lehrer durch das Gesetz verpflichten, noch den Unterricht an der Fortbildungsschule und bis zu vier Stunden wöchentlich auch „Volkshausklärung“ zu übernehmen, und zwar ohne Entschädigung. Die Leute, die solche Bestimmungen machen konnten, beweisen eine gerade Unwissenheit. Selbst abgesehen, daß diese geforderten Leistungen schwere, geistige Arbeit bedeuten, woher soll der Lehrer denn die Zeit zur Vorbereitung aller der verlangten Vorträge nehmen, woher das Geld, um Bücher anzuschaffen, kurze Besuche zu können? Die hohe Regierung setzt wohl bei all dem voraus, daß der Lehrer „ja“ und die Seinen vom Idealismus nähren kann.

Ich habe versucht, die größten Mängel des „Paritätsgesetzes“ nachzuweisen und der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten hat eine ganze Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht, deren Annahme die Herstellung der vollen Parität gebracht hätte. Doch die Mehrheit, diese herrliche Mehrheit hat ihren „Med“ erfüllt. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit lehnte sie alle Anträge ab. Diesmal aber dürfen die Mitglieder der Mehrheitspartei nicht die lächerliche Ausrede gebrauchen, wie im Dezember, sie „hätten nicht gewußt“, worum es eigentlich geht. Die Mehrheit hat der Lehrerschaft aller Völker dieses Staates schweres Unrecht zugefügt, das noch grausamer durch seine Dauer wird, sie schädigen die Schule der breiten Schichten; denn die Unzufriedenheit der Lehrer muß naturgemäß in ihrer Berufsarbeit nachwirken.

Wenn die Mehrheitspartei glauben, sparen zu sollen, dann wissen sie wohl selber auch, daß Möglichkeiten zur Betätigung des Spartannes genug vorhanden sind. Und wenn sie meinen, die Mittel zur Bedeckung für Zwecke der Kultur — oder halten sie die Schule nicht für Mittel, Kultur zu fördern und zu verbreiten? — nicht zu besitzen, dann seien sie in aller Bescheidenheit aufmerksam auf die Riesengewinne des Großkapitals, darauf, daß z. B. die 1. Brüxer Maschinenfabrik i. J. 1921 31.338.280 K Reingewinn und 10 Mill. für den Reservefonds, daß die Lederfabrik Hermann in Neu-Böhlow 1.836.886 K (bei einem Aktienkapital von einer Million) erzielte; dort konnten 20 Prozent, hier sogar 25 Prozent Dividende „ausgeschüttelt“ werden; die Dradlerwerke in Rottin haben sogar 30 Prozent „verdient“. In diesen und anderen großen Betrieben und Unternehmungen sitzen gewiß auch gute Patrioten. Die aber muß der Staat eben schützen, um ihren „Patriotismus“ nicht zu erschüttern. Und die „Bohemia“ redete auch vor kurzem davon, man müsse gegen das „Schlagwort“ von den hohen Dividenden sich kehren; wenn man die Friedensverhältnisse und die Geldentwertung von heute vergleiche, so müsse jeder Einsichtsvolle zugeben, daß die Herren Aktionäre im Grunde recht arme bedauernswerte Leute seien. So oder ähnlich war die Beweisführung der „Bohemia“ und wie sie deutet auch die Bourgeoisie der anderen Nationen. Also „sparen“ wir zunächst an der Schule des Volkes und deren Lehrern. Es gibt hierzulande auch sogenannte sozialistische Parteien, die den Besitzklassen Frontdienst leisten.

Das Gesetz, das im gewissen Sinne die Ledung aufhebt, statt sie zu sichern, wurde im rasenden Tempo durchgepeitscht. Samstag vormittag in den Ausschüssen und Samstag nacht war's geschieden: die Parität war — wie man behauptet — hergestellt.

Sehr merkwürdig berührte das Verhalten der Deutschbürgerlichen. Von den Mitgliedern es waren im ganzen sieben oder acht im Saale, als es zur Abstimmung kam. Es mag sein, daß

die Herren wußten oder zu wissen meinten, die Mehrheit werde die Abänderungsanträge ablehnen. Das entschuldigend die Herren teilsweise. Die Lehrerschaft konnte und mußte verlangen, daß die Herren, die sonst so gern und reichlich von deutschem Pflichtbewußtsein, deutscher Pflichttreue zu reden versahen, hier in diesem Falle auch ihre Pflicht tun. Die Herren vom Nationalverbande sollten doch schon erlennen haben, daß auch die Schule verdient, in das Verzeichnis der sogenannten „nationalen Belange“ aufgenommen zu werden. Die Herren haben nun wieder einmal bewiesen, daß ihnen das Schicksal der Schule und der Volksschullehrer gleichgültig ist. Die bürgerlichen Parteien haben im alten Österreich die Schule verkümmert und verkommen lassen, den Lehrstand der Proletarisierung preisgegeben. Und heute glänzen sie durch Abwesenheit, wenn über dieselbe Sache entschieden wird.

Ich empfehle der Lehrerschaft, auch darüber nachzudenken!

Inland.

Die Gesetzesvorlagen behandelt werden. In der gestrigen Sitzung des Kulturausschusses wurde die Vorlage des Lehrparitätsgesetzes verhandelt. Von dieser Verhandlung wurde Senator Genosse Professor Dr. Wlechowski in später Abendstunde tagzuvor, als der Verhandlung seine Sitzung beendete, verständigt. Da der Kulturausschuß mit der Sitzung am nächsten Morgen um halb neun Uhr bereits einsetzte, war es selbstverständlich Senator Wlechowski unmöglich, innerhalb dieser kurzen Nachfrist, sich eingehend mit der Vorlage zu beschäftigen. Als er daher zu Beginn der Sitzung des Kulturausschusses Protest gegen diese Art, Gesetze zu behandeln, einlegte, der auch von allen Teilnehmern der Sitzung gebilligt wurde, wurde ihm gleichwohl die Antwort zuteil. Wir können am Gesetze nichts mehr ändern. Es geschah das Unerhörte, daß Senator Rechl sogar den Antrag stellte, daß das Gesetz überhaupt nicht gelesen und daß es bloß abgestimmt werde. Schließlich entschied man sich dennoch, das Gesetz zu lesen. Man kam aber nur bis zur Erledigung eines Drittels. Die übrigen zwei Drittel sollten auf Grund einer En-bloc-Abstimmung genehmigt werden. Nun ereignete es sich aber, daß alle Teilnehmer ihre Unzufriedenheit mit dem Gesetze auszusprechen genötigt waren. Um dieser Anschauung halbwegs zu entsprechen, soll ein Motivenbericht verfaßt werden, der alle vorgebrachten Beschwerden enthalten wird; d. h. der Motivenbericht wird eine Verurteilung des Gesetzes bedeuten. Als es zur Abstimmung kam, stellte der tschechische Nationaldemokrat Senator Mareš den förmlichen Antrag, zu erklären, daß das Gesetz „geheimigt“ (schvalujeme), nicht „angenommen“ (přijímáno) werde. Durch diese Spitzfindigkeit hat er die Annahme des Gesetzes natürlich nicht aus der Welt schaffen können.

Die tschechischen Agrarier haben sich „demokratisiert“. Auf dem Kongress der tschechischen Agrarier, der in den letzten Tagen in Prag stattfand, wurde trotz des Widerstandes aus den Kreisen der Kleinbäuerlichen und Häusler-Organisation „Domovina“, die bisher in der Partei eine selbständige Stellung hatte, was auch bei Wahlen zum Ausdruck kam, eine Vereinblichung der Partei durchgeführt, die sich auch nach außen hin in einem neuen Namen kundgibt. Die Partei heißt von nun ab „Republikanische Partei des landbebauenden und Kleinbäuerlichen Volkes“. Es läßt sich denken, daß in der Partei die Großagrarien und Großbauern auch weiterhin den größten Einfluß haben werden, der durch den Einfluß der „Domovina“ kaum wird paralysiert werden können.

Die Vereinblichung der Partei wurde auch in dem Sinne durchgeführt, daß eine zentralistische Reichsorganisation für den ganzen Staat gebildet wurde, der auch die Slowaken angehören.

Keine weitere Sitzung des Abgeordnetenhauses. Gegenüber allen Gerüchten, die von der Einberufung weiterer Sitzungen des Abgeordnetenhauses während der Frühjahrsession zirkulieren, stellt das „Ceske Slovo“ die Unrichtigkeit dieser Behauptung fest. Die Vorlage über die Wehrbegünstigungen soll erst in der Herbstsession erledigt werden. Die Herabsetzung der Paktzölle und der Kohlenabgabe wird angeblich auf administrativem Wege erledigt und in der Spirituswirtschaft wird eine Milderung deshalb nicht eintreten, weil das neue Spiritusgesetz durch den Widerstand der Spiritusfabrikanten vereitelt wurde.

Schluß machen!

Berlin, den 28. Juni 1922.

Die Forderungen zum Schutze der Republik, die der Reichsregierung übergeben wurden, tragen die Unterschriften der Vorstände des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes, der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Oder um es kürzer zu sagen: hinter diesen Forderungen steht der einheitliche Wille des gesamten deutschen Proletariats. Zum ersten Male seit langer Zeit ist die wirkliche Einheitsfront des arbeitenden Volkes zur Tat geworden, durch ihre Unterschrift hat sich jede der daran beteiligten Organisationen verpflichtet, keine Sonderaktion zu unternehmen, sondern sich bis zur Erreichung des gesteckten Zieles der gemeinsamen Beschlussfassung zu unterwerfen. Man kann je nach der einen oder der anderen Auffassung von der politischen Situation der Meinung sein, daß die Forderungen zu viel oder zu wenig enthalten. Aber das Wichtigste daran ist nicht die Form und sind nicht ihre einzelnen Punkte, sondern allein die Tatsache, daß sich in ihnen der geschlossene und einheitliche Wille der deutschen Arbeiterklasse kundtut. Dieses Dokument ist ein Zeichen dafür, daß die Jahre der Zerrissenheit des deutschen Proletariats, die Zeiten der Spaltungen und der Zerwürfnisse, die Perioden der heftigsten Bruderlumpen vorüber sind. Die Einigung marschiert. Sie ist noch nicht da, aber sie wird ihren stärksten Antriebs erhalten, wenn in der jetzigen Aktion die Geschlossenheit der Organisationen bis zum Schluß erhalten bleibt.

Was hat der deutschen Republik bisher gebracht? Die Republikaner und die republikanischen Einrichtungen. Wo man hinsieht, in der Justiz, in der Reichswehr, bei der Polizei, in der Verwaltung und in der Schule, überall herrschen die Vertreter des Regimes von vorgefesselt. Sie benutzen die staatlichen und die staatsbürgerlichen Einrichtungen der Republik, um für die Wiederherstellung der Monarchie, für die Wiedereinsetzung jener halbfeudalen und halbabsolutistischen Herrschaft zu arbeiten, an der Deutschland zugrunde gegangen ist. Nicht der Republikaner wurde bisher geschützt, sondern derjenige, der die Republik angriff. Von den revolutionären Arbeitern ganz zu schweigen, waren selbst Angehörige des Bürgertums vogelfrei, wenn sie sich in den Dienst des republikanischen Staatswesens stellten. So im vorigen Jahre der Zentrumsmann Matthias Erzberger, so in diesen Tagen der Demokrat Walter Rathenau. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, mit diesen unwürdigen Zuständen schnell und gründlich Schluß zu machen. Sie gibt der Republik die Mittel in die

Von kommenden Dingen.

Von Walther Rathenau.

Das Buch „Von kommenden Dingen“ von Walther Rathenau ist im Kriege (1917) entstanden und veröffentlicht worden (bei S. Fischer, Berlin). Es ist ein Buch, das aus der Betrachtung der Ereignisse der Zeit stammt und es ist, wie alle Kriegsbilder, ein Buch der Ideale und Irrtümer. Seine Irrtümer werden verwehen, seine Ideale legen Zeugnis ab für eine große und lautere Seele und zeigen, wie viel die Welt an Rathenau verloren.

All unser Wissen, soweit er nicht animalisch ist, entspringt den Quellen der Seele. Jedem schrankenlosen Denker des intellektuellen Denkens sei es von früh bis spät wiederholt: Der größere und edlere Teil des Lebens besteht aus Wollen. Alles Wollen aber ist unbewusstes Lieben und Vorlieben: es ist seelisches Teil, und neben ihm steht der zählende, messende und wägende Intellekt abseitig und selbstbewußt als Theaterspieler am Eingang zur Bühne der Welt. Was wir schaffen, geschieht aus tiefstem, wissenschaftlichem Drang, was wir lieben, erkennen wir mit göttlicher Kraft, was wir sorgen, gehört der unbekanntesten künftigen Welt, was wir glauben, lebt im Reiche des Unendlichen. Nichts davon ist beweisbar, und dennoch ist nichts gewisser; nichts davon ist greifbar, und dennoch geschieht jeder wahre Schritt unseres Lebens im Namen dieses Unausprechbaren. Was tun wir vom frühen Morgen bis zum späten Abend? Wir leben für das, was wir wollen; und was wollen wir? Das, was wir nicht kennen und nicht wissen und dennoch unverbrüchlich glauben.

Dieser Glaube aber hat eine stärkere Evidenz als die des intellektuellen Beweises. Was Plato,

Christus und Paulus beweislos sprachen, kann jeder Rationalist widerlegen, und dennoch stirbt es nicht; und jedes dieser Worte hat ein wahrhaftes Leben und mehr Glauben entzündet als irgendeine physikalische, historische oder soziale Theorie. Fragen wir, was im strengsten Sinne beweisbar sei, so hält selbst die euklidische Geometrie nicht stand; wenn dennoch die Welt von tiefster Wahrheitsempfindung immer wieder durchdrungen wird, was ist das Merkmal der lebendigen Wahrheit?

Es ist die Kraft, mit der sie an die Herzen schlägt. Jedes echte Wort hat klingende Kraft, und jeder Gedanke, der nicht in den Labyrinth des dialektischen Verstandes, sondern im blutwarmen Saße der Empfindung geboren ist, zeigt Leben und Glauben. Deshalb ist alles Beweisen nur ein Ueberreden, gutgläubige Täuschung. Glaubt ein Mensch sich berufen, Wahrheit zu zeigen, nicht weil er sie denkt, sondern weil er sie schaut und erlebt, weil die Welt, die er im Geiste fühlt, ihm wirklich ist als die er mit Augen sieht, so mag er reden. Ist er ein Verblender, so wird er mit seinem Staub den Weg dessen ebnen, der nach ihm und aus der Wahrheit kommt. Ist ihm aber auch nur ein einziges Wort verliehen, das Leben trägt, so wird es, rakt und unabwehrlich in die Welt gestreut, zur Saat der Herzen.

Aus der Trägheit des Bewusstseins, die der Widerstand gegen traurige Nüchternheitsparadiese gegen Schalter- und Marktenideale, gegen nächtliche Skausprüche und intellektuelle Drohungen im Herzen Europas hinterlassen hat, aus dieser Trägheit müssen wir uns losreißen. Wollen wir in der inneren Welt das Wachstum der Seele, so wollen wir in der sichtbaren Welt die Erlösung aus erblicher Anechtenschaft. Wollen wir die Befreiung der Unfreien, so bedeutet dies nicht, daß wir irgendeine Güterverteilung an sich für we-

sentlich, irgendeine Abstufung der Genussrechte für wünschenswert, irgendeine Nüchternheitsformel für entscheidend halten. Es handelt sich weder darum, die Ungleichheiten des menschlichen Schicksals und Anspruchs auszugleichen, noch alle Menschen unabhängig oder wohlwollend oder gleichberechtigt oder glücklich zu machen; es handelt sich darum, an die Stelle einer blinden und unüberwindlichen Institution die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu setzen, dem Menschen die Freiheit nicht aufzuzwingen, sondern ihm den Weg zur Freiheit zu öffnen. Welche menschlichen und sittlichen Opfer dies fordert, ist gleichgültig, denn es wird nicht Nüchternheit und Vorteil erstrebt, sondern göttliches Geseh. Würde durch dieses Geseh die Summe des äußeren Glücks auf Erden vermindert, so verschlägt es nichts. Würde der Weg der äußeren Zivilisation und Kultur verlangsamt, so wäre das nebensächlich. Wir werden ohne Leidenschaft erwägen, ob diese Nachteile eintreten; wenn es nicht geschieht, so ist das keine Anpreisung oder Ermunterung für unsern Gang. Denn er bedarf keiner Ueberredung und keiner Versprechung; im Sichtbaren will ihn die Würde und Gerechtigkeit unsres Daseins und die Liebe zum Menschen, im Jenseitigen will ihn das Geseh der Seele.

Alles Schaffen ist edel, das um seiner selbst willen geschieht; alles Schaffen ist gering, das durch den Stachel des Bunnisches, durch die Peitsche der Angst erzwungen wird, das nicht sich selbst dient und genügt, sondern dem Zwecke.

Die wundervolle, väterlich göttliche Liebe zum Geschaffenen ist es, die den alten Dingen der Handwerkszeit Markt und Leben, Fülle und Sprache leiht; der Massenstrom unserer Auegewerbe ist taub und verlogen, sein grinsender Glanz schielt nach dem Reichtum, wo sein Eintagsleben endet. Der Ueberfluh spendender Liebe, der dem alten Gerät die zweckfreien Schön-

heit und den sorgfamen Schmutz der Gestalt erlaubt, wird von der kalkulierten Prose des Maschinennormenmens verhöhnt; als letzter, verfohltester Abglanz verriegelten Reichtums bleibt die Egaltheit, eine hochgeschützte technische Tugend ungezählter Geschlechter aus der Erreihe der Geräte, deren Stammbaum mit eigenem Leben neben dem der Menschheit einherwächst.

Erheben wir jedoch den Blick von den armseligen Werken zweckloser Gewinnsucht zu jeglichem Schaffen, das wahrhaft unserer Zeit Bestimmung gibt, so erkennen wir: Nur da wird schöpferisches Leben, wo frei von Zweck und Abzucht um der Sache willen geleistet und geschaffen wird. Der Künstler wirkt aus Gestaltungsdrang und Liebe, der Forscher aus Wissenstrieb und Ordnungsgeist, der Staatsmann aus Willenskraft und Ideenzwang, und selber die ergebundenen Berufe wollen Verwirklichung des Gedachten, Leben des Organistierbaren. Der Finanzmann und Organisator, der schafft, um sich zu bereichern, ist ein Stämper und Krämper; nie ist lebendkräftige Saat seiner Hand entflohen; denn das Wort und Werk, das zweien Herren dient, der Sache und dem Eigennutz, ist das schwächere, es wird zu Boden geschlagen von dem freieren, das nur der Sache dient und daher einfach ist.

Was also ist anderes nötig, als daß der freie Geist der Liebe zur Sache, der heute alles höhere Schaffen leitet, sich aus dem mittleren und niederen bemächtigt? Es gibt nicht ein einziges Werk auf Erden, das nicht in Liebe verrichtet, durch Geist und Willen veredelt werden kann. Die menschliche Natur ist so wandlungsfähig wie die menschlichen Berufe; sie schafft nicht nur den geborenen Soldaten und Geistlichen, sie schafft den geborenen Buchdrucker, Radfahrer, Schachspieler und Steuereinspinner. Freiheit von Not und Freiheit ist nötig, Freiheit von Not und Freiheit der Berufswahl; von diesen Bedingungen haben wir

Hand, mit der sie alle Anschläge abwehren und die monarchistische Reaktion niederwerfen kann. Schluch gemacht soll aber auch endlich mit allen Selbstheiten, mit jener Rücksichtnahme auf vererbte Gewohnheiten und Vorrechte, die bisher die nationalitätlichen Elemente erst recht zum Widerstand herausgefordert hat.

Es ist kennzeichnend für den politischen und kulturellen Zustand des Deutschen Reiches, daß diese Forderungen nicht von der bürgerlichen Demokratie aufgestellt werden, sondern daß sie aus dem Willen der sozialistisch orientierten Arbeiterklasse entspringen mußten. Das macht, weil es in Deutschland bürgerliche Republikaner aus Prinzip eigentlich gar nicht gibt; die Demokratische Partei und das Zentrum erkennen zwar die republikanische Verfassung an, sie tun das aber nur aus Zweckmäßigkeitsgründen. Die Arbeiterklasse gibt sich darüber auch gar keinen Illusionen hin. Sie weiß, daß die liberale und die katholische Bourgeoisie sich unter jeder Staatsform wohlfühlt, wenn nur ihr eigenes Geschäft dabei gedeiht. Wo, wie in England, das Königtum sich dem Willen des bestehenden Bürgeriums unterordnet, und nur noch eine Scheinmacht ausübt, da ist es seiner Privilegien so lang sicher, als die Bourgeoisie selbst noch an der Herrschaft ist. Das deutsche Proletariat fordert deshalb auch nicht die Befestigung der Republik, die vorläufig noch eine bürgerliche Republik ist, um der schönen Augen der Bourgeoisie willen, sondern weil die republikanische Staatsform einen günstigeren Kampfboden für die Durchsetzung der eigenen Forderungen bildet als der Monarchismus. Indem die Rundgebung der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien nur solche Punkte enthält die auch das demokratische Bürgerium unterschreiben kann, wenn es nur den Willen zur Republik hat, enthält sie doch zugleich die Vorbedingungen für den Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus.

Zugleich enthalten diese Forderungen der proletarischen Organisationen eine ernste Mahnung an die Entente. Die Gewaltpolitik der Alliierten, die ausgegangen ist von dem Friedensvertrag zu Versailles, gibt einen dauernd und ungeheuer schädlich wirkenden Agitationsstoff für alle deutschen Nationalisten und Revanchepolitiker. Diese Mahnung soll keine Drohung in dem Sinne enthalten, daß die deutsche Arbeiterklasse die Verpflichtung des Reichs zur Wiedergutmachung der von den früheren Machthabern verursachten Kriegsschäden nicht länger anerkennen will. Sondern sie sagt im Gegenteil, daß die Erfüllungspolitik der Republik nur dann mit Erfolg weitergeführt werden kann, wenn sie im Rahmen des wirtschaftlich und politisch Möglichen bleibt und wenn der Umfang der Reparationsleistungen nicht allein von den Gewaltpolitikern der anderen Seite festgestellt wird. Die übertriebenen Ansprüche der Nationalisten innerhalb der Entente, besonders aber Frankreichs, haben nicht nur die nationalitätliche Strömung in Deutschland ungenügend verstärkt. Sie haben zugleich verhindert, daß die bestehenden Klassen nach dem Umfang ihrer Leistungsfähigkeit für die Bedürfnisse der Reparation und des Staatshaushalts herangezogen werden konnten.

Das die Reichsregierung bisher angeordnet hat, genügt nicht, um den Schutz der Republik sicherzustellen. Man braucht noch gar nicht so weit zu gehen wie die wilhelminische Regierung, die jedes Bekenntnis zu einer anderen als der gerade bestehenden Staatsform aufs Äußerste verfolgte. Aber die Freiheit in Red und Schrift, die die republikanische Verfassung jedem Staatsbürger gewährleistet, darf nicht dazu mißbraucht werden, um die Republik zu unterhöhlen und die Regierung der Republik den Mordertugeln der Monarchisten auszuliefern. Der Schutz der repu-

gesprochen; sie sind erfüllbar. Sind sie erfüllt, so bedarf es nicht mehr des Antriebs unedler Bewegungskräfte, der Debotengeißel der Gier und Angst: nicht Hunger und Wollust, sondern Liebe hält den Menschenbau lebendig . . .

Die Freuden (des mechanisierten Lebens) sind die der Kinder, Sklaven und niederen Frauen: Besitz, der glänzt und Reiz schafft, Unterhaltung und Sinnenrausch. Die Besitzfreude steigert sich zum irrsinnigen Warenauftrieb, der sich selbst vertausendacht, in den Ueberfätigung und Mode alljährlich die Schatzkammern entwerfen und leeren müssen, um sie mit neuem Unrat und Tand zu füllen. Tief erniedrigend und entwürdigend sind die Freuden der Großstadt und der Gesellschaft, die in unbewußter Fronte sich die bessere nennt.

Nicht innere Notwendigkeit des Mechanisierungsprinzips, sondern bequem gebilligte Begleitumstände der Entwicklung haben die an sich unüberwindliche Arbeitsleistung zwischen geistiger und körperlicher Leistung zur ewigen und erblichen gemacht und so in jedem Lande zwei Völker geschaffen, die blutsverwandt und dennoch ewig getrennt sind.

Von unerhörter Härte ist dieser Trennungszwang für das zweite Volk . . . Die Proletarier . . . Wer ein paar Monate lang bei ungestörter Berrichtung von 7-12 und von 1-6 das Zeichen einer Pfeife herangeführt hat, ahnt, welche Selbstverleugung ein Leben der entseelten Arbeit fordert; niemals wieder wird er versuchen, durch profane oder kirchliche Ueberredung dieses Leben an sich als ein zufriedenstellendes zu rechtfertigen und jeden Versuch, es zu mildern, als Begehrlichkeit verschreiben. Wer aber erntet, daß . . . der Sterbende die Reize seiner Kinder und Kindeskinde unrettbar dem gleichen Schicksal

blütlichen Einrichtungen darf auch nicht länger jenen Elementen anvertraut bleiben, die aus ihrer antirepublikanischen Gesinnung keinen Hehl machen. Sturz und gut, die Republik muß in allen ihren rechtlichen und verwaltungstechnischen, in ihren politischen und kulturellen Verzweigungen so gesichert werden, daß jeder Angriff auf sie von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Die Forderungen der Arbeiterorganisationen geben darum weit über das hinaus, was die Regierung vorschlägt; es soll diesmal ganze Arbeit gemacht und nicht wieder auf halbem Wege stehen geblieben werden.

Ohne Zweifel, die Arbeiterorganisation werden ihre Forderungen nicht launlos durchsetzen können. Ein demokratisches Blatt deutet an, daß sie sich nur verwirklichen lassen, wenn sich im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für ein solches Gesetz fände, da einzelne Bestimmungen auf eine Verfassungsänderung hinauslaufen würden. Es mühte in diesem Falle mit der Auflassung des Reichstags vorgegangen werden. Es mag hier umterjucht bleiben, ob diese verfassungswidrlichen Bedenken zutreffend sind. Das Eine aber muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden: daß sich die Arbeiterklasse nicht durch liberalisierende Bedenklichkeiten irre machen lassen wird. Die Reaktionen aller Schattierungen nehmen keine Rücksicht auf Verfassung und geschriebenes Recht, wenn sie in der Lage sind, ihre Ansprüche mit Gewalt durchzusetzen. Und es war von je eine unglückliche Eigenschaft des deutschen Liberalismus, daß er es unterlassen hat, im gegebenen Augenblick die Tatsachen reden zu lassen, vielmehr sich noch jedesmal damit begnügte, den auf die Gewalt gestützten Anmachungen der Junker und Junkerengenossen papierene Proteste entgegenzuhalten. Die Arbeiterklasse wird diesen Spuren nicht folgen. Sie spricht im Namen der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung. Sie verlangt darum, daß ihre berechtigten Ansprüche erfüllt werden. Noch hat die bürgerliche Demokratie, ob sie nun als demokratische Partei oder als Zentrum oder als Bayerische Volkspartei austritt, die Möglichkeit, zusammen mit den Arbeiterparteien die Sicherungen zum Schutze der Republik durchzusetzen. Verlagt sie auch jetzt, so verweist sie selbst das Proletariat auf den Weg der sozialen Revolution, die dann nicht bei der Umwälzung der politischen Verfassung stehen bleiben, sondern vor allem der Wirtschaftsverfassung ein anderes Gesicht, das Gesicht der Arbeiterklasse, geben wird.

Das ist das Gebot der Stunde: Schluß machen mit allen Ueberresten aus der wilhelminischen Epoche! Es muß der Arbeiterklasse gelingen, ihren Willen durchzusetzen, wenn sie ihre Geschlossenheit so lange aufrecht erhält, bis alle Phasen des Kampfes durchlaufen sind. Im Feuer des Kampfes wird dann die Arbeiterklasse wieder in Kraft gewinnen, die sie zur Erreichung des höheren Zieles, der Verwirklichung des Sozialismus, notwendig hat.

Anslaud.

Der Streik der Wiener Straßenbahner.

Die Verhandlungen zwischen der Gemeinde Wien und den Streikenden, die unter Vermittlung der Arbeiterkammer geführt wurden, sind gescheitert und zwar, wie gesagt werden muß, nicht durch Schuld der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung. Diese hat nämlich beide Vermittlungsvorschläge, welche die Arbeiterkammer machte, anzunehmen sich bereit erklärt, das Aktionskomitee der Streikenden aber, das an Stelle der alten, verhandlungswilligen Vertrauensmänner

überliefert sieht, den ergreift die Schuld und Angst des Gewissens.

Der Nächste und der Fernste sind unser aller Mütter und Brüder zugleich, damit sie leben und zeugen, ist unser Einzelleben ein geringer Preis. Deshalb ist es nicht unwürdig, noch materiell bescheiden, der Gemeinschaft die Güter und Kräfte zu erflehen und zu schenken, die man für sich selbst nicht achten soll.

Selbstverständliche und leicht erfüllbare Menschenpflicht ist die Befreiung aller Not und drückenden Armut. Die Kosten eines Rüstungsjahres würden ausreichen, um die Blutschuld der Gesellschaft zu tilgen, die heute noch den Hunger und seine Sünden in ihrem Schoße duldet.

Das bürgerliche Leben ist frei. Hier herrscht der Wettbewerb, der Starke und Kluge mag wagen und gewinnen . . . ; dieser Kampfplatz steht allen offen. Und abermals: der Eintritt gelingt nicht, der Kreis ist heimlich geschlossen, sein Bundesmerkmal ist Geld. — Wer hat, dem wird gegeben; was einer besitzt, das vermehrt sich, doch zunächst muß er besitzen.

So erheben sich gläserne Mauern von allen Seiten, durchsichtig und unübersteiglich und jenseits liegt Freiheit, Selbstbestimmung, Wohlstand und Macht. Die Schlüssel des verbotenen Landes heißen Bildung und Vermögen, und beide sind erblich.

Mit der Forderung der sozialen Freiheit ver trägt es sich nicht, daß die eine Hälfte der Menschheit die andere, von der Gottheit mit gleichem Anlicht und Gaben ausgestattete, zum ewigen Dienstgebrauch sich zähme.

ner gemahnt worden ist, lehnte es ab, auch nur eine der von ihm formulierten Forderungen zuzurückstellen und sich mit den Gemeindevertretern auf mittlerem Wege zu begegnen. So wird das Wiener Proletariat auch noch in den nächsten Tagen die weiten Wege zu den Arbeitsstätten zu Fuß zurücklegen müssen, bis die Vertreter der gesamten Wiener Arbeiterschaft, an die sich die Gemeinde zu wenden gedenkt, entschieden haben werden, ob sie die gewaltigen Lasten, welche die Erfüllung der Forderungen der Straßenbahner ihnen auferlegen würde, zu tragen gewillt sind. Würde doch eine Steigerung der Fahrpreise, sobald sie im notwendigen Ausmaße erfolgt, das Jahresbudget des einzelnen Arbeiters um ungefähr 60.000 österreichische Kronen steigern! Auch sonst erweisen die Streikenden der Arbeiterschaft einen schlechten Dienst. Geben sie doch dem Bürgerium die willkommene Ausrede an die Hand, daß eine sozialdemokratische Verwaltung Streiks gegenüber machtlos ist, und was für eine glänzende Wahlparole bei der Verärgerung der Wiener gegen die Straßenbahner diese zwar verlogene, doch für den ersten Augenblick blendende Behauptung bildet, braucht nicht erst gesagt zu werden!

Wien, 1. Juli. (Eigenbericht.) Die Vertrauensmänner der Wiener sozialdemokratischen Partei und die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften beschäftigten sich heute mit dem Streik der Straßenbahner. Auch Vertreter der Streikenden wurden angehört. Die Vertrauensmänner beschloffen, an die Straßenbahner zu appellieren, im Interesse der gewerkschaftlichen und der gesamten Arbeiterschaft in Verhandlungen einzutreten, da vom Handels- und Transportarbeiterverband eingeleitet werden sollen. Nach Schluß der Konferenz der Vertrauensmänner wendeten sich die Straßenbahner an den Präsidenten Seiz mit der Bitte, er möge die Verhandlungen mit dem Bürgermeister einleiten. Die Verhandlungen haben um halb 10 Uhr begonnen. Es ist somit die Ansicht vorhanden, daß der Streik beendet werden wird.

Das Beispiel einer sozialistischen Regierung.

Während die bayerischen Horthaner bewaffnete Kundgebungen der Arbeiterschaft erfinden, um reaktionäre Erlasse ausbrüten zu können, lehrt die sozialistische Regierung Sachsens alles Notwendige zum Schutz der Republik energisch vor. Namentlich hat sie einen Gesetzentwurf eingebracht, der es den Republikanern ermöglichen soll, im gegebenen Augenblick mit der Waffe in der Hand die Republik zu verteidigen, denn die Reichswehr hat sich als unzuverlässig erwiesen. Die sächsischen Formationen der Reichswehr hatten, wie festgestellt worden ist, auch in den letzten kritischen Tagen keine Anweisung zum Eingreifen gegen die Konterrevolution und sie sympathisierten mit den konterrevolutionären Machenschaften. Deshalb ruft die sächsische Regierung die republikanisch gesinnte Bevölkerung auf, in der Abwehr der Feinde der Republik zusammenzustehen und die Begünstiger und Förderer der Mordanschläge aus ihren Schlupfwinkeln herauszuholen. Sie erwartete insbesondere von der Arbeiterklasse als der treuesten Stütze der Republik, daß sie allen Feinden zum Trotz die Republik verteidigt. So beharrt sich die sächsische Sozialistenregierung als Vollwoer der Republik und widerlegt dadurch am sinnfälligsten die Taktik der Kommunisten, die sie eben noch im Bunde mit den Bürgerlichen zu stürzen gesucht hatten. Jetzt freilich lehren sie, arg begossen, zur einseitigen Kampphaltung zurück. Würden alle deutschen Länder ähnlich vorgehen wie Sachsen, dann würde sich die über dem Reiche brütende Mordatmosphäre bald im nichts verflüchten.

Der Beweis des Verbrechens.

Den verantwortlichen Machern der deutschen Politik, die nur ein „Ich hab's nicht gewollt!“ stammeln, seien folgende Worte aus ihren Schriften ins Gedächtnis zurückerufen: Der Führer des „Deutschnationalen Schutzes und Trugbundes“, Alfred Roth, hat eine Broschüre herausgegeben mit dem Titel: „Rathenau, der Kandidat des Auslands“. Darin heißt es: „Das aus Judentum geborene System Rathenau-Ballin und seine ungeheuerlichen Folgen sind letzten Endes die Sturmhaat gewesen, die Deutschlands Untergang herbeigeführt hat . . . Damals und heute aber hat dieser Jude die wichtigste Stellung in der „deutschen“ Regierung inne. Jetzt hat sich offenbar der „Sinn der Weltgeschichte“ erfüllt: Das deutsche Volk liegt zu Boden und Judas Beauftragte schwingen über seinem Rücken als „Rechtswächter der Entente“ die Peitsche. Wie lange noch? . . . Der Strid ist gedreht, an dem wir Deutschen durch den Judentum immer tiefer hineingeführt werden. Dank Rathenau . . . An uns liegt es, uns dagegen (gegen die Erfüllungspolitik Rathenau) bis zum äußersten zu wehren. Die Stunde naht, da wir gezogen werden. Deutschnationalen, seid bereit!“ Die Broschüre schließt mit den Worten: „Wir harren der „kommenden Dinge“, erklären aber auch mit aller Deutlichkeit, daß in Deutschland für einen Trostli-Rathenau keine Statt ist. Wir sind zum Äußersten entschlossen und bereit.“ Derselbe Roth hat sich in derselben Weise in zahlreichen Reden ausgesprochen, so z. B. im Mai in Würzburg, wo er unter anderen Beschwörungen sagte, der Außenminister und Jude Rathenau arbeite bewußt mit Lüge gegen die deutsche Sache, ebenso wie die ganze deutsche Regierung mit Unwahrscheinlichkeit arbeite. Im Juniheft der „Konserativen Monatschrift“ hat der

deutschnationale Reichstagsabgeordnete Major a. D. Wilhelm Henning einen Artikel über den Vertrag von Rapallo veröffentlicht, also in einer alten, in konservativen Kreisen angesehenen Zeitschrift. Darin sagt er, Volkswissenschaft sei der Kampf des internationalen Judentums zur Vernichtung des nationalen Besitzes, und er zieht daraus den Schluß: „So lösen sich alle Rätsel — in Rußland, und in vieler Beziehung in der deutschen Augen-, Innen- und Finanzpolitik! So erscheinen die Abmachungen des Vertrages von Rapallo plötzlich in einem anderen Lichte: der „deutsche“ Jude hilft dem „russischen“ Juden zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zieles.“ Raum habe, sagt Herr Henning weiter, der internationale Jude Rathenau die deutsche Ehre in seinen Fingern, so sei davon nicht mehr die Rede. Darum: „Die deutsche Ehre wird geföhnt werden. Sie aber, Herr Rathenau und Ihre Hinterleute werden vom deutschen Volke zur Rechenschaft gezogen werden . . .“ Das sind ein paar Beispiele, die sich unendlich vermehren ließen. Bände ließen sich füllen mit den heberischen Gemeinheiten, die gegen Erzbischof, der bekanntlich kein Jude war, gegen Scheidemann, der bekanntlich auch kein Jude ist, gegen den Reichskanzler, der ein guter Katholik ist, gegen zahlreiche andere Personen des öffentlichen Lebens, und allerdings in besonderer Nähe gegen Rathenau geschleudert wurden, weil er ein Jude war. Muß denn nicht dieser furchtbare Mobsinn, der Tag für Tag, schriftlich und mündlich verbreitet worden ist, eine verheerende Wirkung ausüben in Köpfen, die irgendwie dafür empfänglich sind! Diejenigen Deutschnationalen und sonstigen „Politiker“, die so gewissenlos Zeug geredet und geschrieben haben, werden der schweren Verantwortung, die auf ihnen lastet, nicht ledig werden. Auch wenn sollten denn die Geföhnten hören, wenn nicht auf ihre Führer? Und wenn Führer den Irrsinn predigen, müssen dann nicht die Anhänger betrickt werden?

Das Programm der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion Ungarns.

In der Mittwochssitzung der ungarischen Nationalversammlung gab im Namen der ungarischen sozialdemokratischen Partei Genosse Feldl eine Erklärung ab, der wir folgendes entnehmen:
Als die größte oppositionelle Partei der Nationalversammlung wollen wir unsere Bestrebungen und Ziele im nachfolgenden skizzieren:
Im parlamentarischen Leben wollen wir das Mehrheitsprinzip anerkennen, fordern aber, daß die Vertretung der Nation stets auf der demokratischsten Grundlage im Wege eines durch die Verfassung gesicherten, allgemeinen, gleichen, geheimen, gemeindeweise anzuhaltenden, sich auf die Bevölkerung beider Geschlechter erstreckenden, mit dem zwanzigsten Lebensjahre zu erreichenden Wahlrechtes zustande komme, mit institutionellem Ausschluß eines jeden Machteinflusses. Wir werden die progressive Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer fordern und eintreten für die Verringerung der Steuerlasten, die Abschaffung der Konsum- und Umschlagsteuer, die völlige Steuerfreiheit des Existenzminimums, die Abschaffung der katastralen Bodensteuer, die heute den Interessen des Großgrundbesitzes dient und an deren Stelle wir die Einführung der Bodenwert- und Grundrentensteuer zu sehen wünschen.
Im Interesse des inneren Friedens und der inneren Ordnung werden wir die Sicherung der demokratischen Freiheitsrechte fordern, ferner fordern wir die Abschaffung des Numerus clausus. Wir fordern ferner die lüdenlose Verfreiheit. Wir fordern ferner die gesetzliche Abmündung der ungeschützten Verbrecher, unter diesen der Ermordung des Redakteurs Vela Somogyi, des Journalisten Vela Paço und des Parteisekretärs Cserenkai. Wir fordern die sofortige Abschaffung der Ausnahmegerichte, sowie die Aufhebung der auf dieser Grundlage stehenden Institutionen und Rechtsnormen. In erster Reihe fordern wir völlige politische Amnestie sowohl für diejenigen, die in den Ketten schmachten, als auch für diejenigen, gegen die ein Verfahren noch im Gange ist, aber auch für die Verfolgten, die ihres Heims, ihrer Familie, ihrer Existenz beraubt wurden. Wir fordern die dringliche Revision aller auf Grund des beschleunigten Verfahrens erledigten Strafangelegenheiten, die völlige Abschaffung der Internierungen und der Polizeiaufsicht, fordern die Revision der Angelegenheiten aller in ihren Rechten und in ihrer Existenz verletzten staatlichen, kommunalen und sonstigen Angestellten, Beamten und Arbeiter und fordern die Rehabilitierung der zu Unrecht Verurteilten. (Zustimmung links.)
Wir werden die Wiederherstellung des Oberhauses bekämpfen. Für die Frage der Staatsform fordern wir die Volkentscheidung.
Auf dem Gebiete der äußeren Politik wünschen wir jeder ersten und zweckmäßigen Bestrebung beizustehen, die die Revision des ungerechten Trianoner Friedensvertrages ermöglicht, doch werden wir uns jedem Unternehmen widersetzen, das mit neuer Komplikationen droht und daher zwecklos, abenteuerrisch und gefährlich ist.
Wir werden die weitestreichende sozialpolitische Gesetzgebung fordern, die Fortentwicklung der vorhandenen Institutionen und die Schaffung neuer auf Grundlage der vollen Autonomie. Wir werden die Wiederherstellung der vollen Autonomie der Arbeiterversicherungskasse fordern.
Wir werden die gesetzliche Sicherung der Preß-, Vereins-, Versammlungs- und gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit fordern, ferner die gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse und des Arbeiterrechtes sowohl in der Industrie als auch im Handel und in der Landwirtschaft, ferner eine gründliche und befriedigende Lösung der Angelegenheiten der Juden des Krieges und der Arbeit.

Zborov.

Eine Erinnerung.

Die Anzeige der Gedenkfeier, die in Prag am 2. Juli anlässlich des Gedenktages der Schlacht von Zborov stattfinden soll, weckt in mir all die Erinnerungen, die mich jene Tage nicht vergessen lassen. Als einer, der den zweiten Juli 1917 und die darauf folgenden Tage mitgemacht hat, möchte ich der Öffentlichkeit erzählen, was die Schlacht bei Zborov eigentlich war.

Die österreichische 19. Infanteriedivision lag im Raume von Zborov den Russen gegenüber. Das 35. Infanterieregiment hatte die Verteidigung der Linie Travotitsky-Sotok-Koniuchy. Am 2. Juli griffen nun tschechische Legionärformationen vor allen Dingen die zuletzt genannte Linie an. Da das Infanterieregiment 35 zum größten Teil aus Tschechen bestand, fielen schon durch den Artillerievorbereitungslärm vorwiegend jene tschechischen Soldaten, die sich im Verbände des Infanterieregimentes 35 befanden. Zum besseren Verständnis der Schlage will ich noch hinzufügen, daß die Schlacht bei Zborov in die Kerenskyperiode fällt, also in eine Zeit, in der das russische Volk den Krieg schon herzlich satt hatte; aus diesem Grunde mögen sich wohl auch am 2. Juli die Tschechen mit einigen noch kriegerischereinstimmten russischen Regimentern in die Offensive geteilt haben. Als dann nach der notwendigen Artillerievorbereitung der Infanterieangriff einsetzte und ziemlich rasch in die österreichischen Stellungen vorgetragen wurde, begann das, was an der Schlacht von Zborov ganz besonders denkwürdig — auch für die Tschechen — erscheint. Der schon einmal genannte Raum zwischen Sotok und Koniuchy wurde eingedrückt und der größte Teil des Infanterieregimentes 35 gefangen genommen. Bis hierher wußten wir nicht, daß wir es mit tschechischen Legionären zu tun hatten, sondern wir waren der Meinung, daß russische Formationen im Angriff seien. Als nun die österreichischen Gefangenen mit den Tschechen in Berührung kamen, fragten die durch den Kampf aufgeregten Legionäre jeden Mann, der ihnen in die Arme lief, in tschechischer Sprache, ob er (der Gefangene) Tscheche sei. Gab nun der Gefragte nicht sogleich in tschechischer Sprache Antwort, fand er keinen Pardon. Die Legionäre hatten es besonders auf einige als Soldatenführer bekannte Offiziere abgesehen, denn, wie mir später erzählt wurde, fragten sie wiederholt nach dem Hauptmann Wild. Daß solcherart nicht nur deutsche Soldaten dran glauben mußten, ist einleuchtend. So wurde der tschechische Hauptmann Sobotta aus Pilsen mit einer Handgranate erschlagen; gerade Sobotta war einer von jenen Offizieren, die bei der tschechischen Mannschaft beliebt waren. Man mag nur einmal nachforschen, wie viele Tschechen am 2. Juli gefallen sind — gefallen durch Bruderhand — und ich weiß nicht, ob dann der zweite Juli noch immer als ein Tag angesehen wird, der festlich begangen werden muß. Ich glaube, daß eine Trauerfeier eher am Platze wäre. Zusammengekommen kann ich nur erklären, daß der zweite Juli 1917 ein Tag war, an dem tschechische Legionäre die zu dreiviertel aus Tschechen bestehende 19. Infanteriedivision angriffen, daß es sich also um einen Kampf von Tschechen gegen Tschechen handelte. Doch die Geschichte war am 2. Juli noch nicht aus. Der Widerstand, den vor allen Dingen die Bodnialen leisteten, war groß genug, um den Angriff zum Stillstand zu bringen. Einige Tage darauf erfolgte der überraschende Angriff der herbeigeholten reichsdeutschen Reserven und ich kann mich noch sehr gut an den Bericht erinnern, der über die abgeschlossenen Operationen ausgegeben wurde: „Unter den Augen seiner Majestät, des obersten

Kriegsherrn usw. (Wilhelm war eigens nach Galizien gekommen) wurden die russischen Stellungen an der „lata gora“ gestürmt, der Angriff rasch vorgetragen und nach mehrtägigem Kampf Tarnopol, das sich seit 1914 in russischen Händen befindet, eingenommen.“ Da der deutsche Angriff den tschechischen Truppen die Rückzugsverbindungen abschchnitt, gab es für den allergrößten Teil dieser Formationen kein Zurück mehr. Was nun folgte werden ja die tschechischen Kommandanten, die übrig geblieben sind, wissen: alles wurde niedergemacht, Pardon wurde nicht gegeben. Die am 2. Juli von tschechischen Legionären begonnene Schlacht bei Zborov endete mit der fast vollständigen Vernichtung der tschechischen Streitkräfte. Das also war die Schlacht bei Zborov, die viel deutsches, aber noch mehr tschechisches Blut gekostet hat; ob die Angehörigen der am 2. Juli gefallenen Soldaten an diesem Tage in Festimmung sein werden, wage ich zu bezweifeln. Alle jene aber, welche die Tage von Zborov erlebt haben, werden diesen Tag als einen Tag des traurigsten Angedenkens begehren; einerlei ob es sich um Deutsche oder um Tschechen handelt.

R. J.

Die Festlichkeiten in Prag.

Die anlässlich des Gedenktages der Schlacht bei Zborov stattfindenden Festlichkeiten haben gestern begonnen. Nachmittags um zwei Uhr versammelten sich auf dem Altstädter Ring die Teilnehmer des Trauerzuges (Legionäre, Militär, Gendarmen, Polizei, Soldat, Staats usw.), wo vor den Särgen der überführten Legionäre, unter denen sich auch der des „unbekannten Kämpfers“ von Zborov befand, feierliche Reden gehalten wurden. Eine Militärkapelle spielte die tschechische und slowakische Nationalhymne, worauf sich der Zug mit den Särgen in Bewegung setzte. Er ging über die Jeltnergasse, Graben, Wenzelsplatz zum Landesmuseum, wo ein Teil des Zuges mit der Leiche des Fähnrichs Capla zum Wilsonbathhofe abschwante; während der andere Teil auf den Friedhof nach Olshan zog, wo die Trauerfeierlichkeiten mit einer Rede des Oberleutnants Rebel ihr Ende fanden. Abends fand im Repräsentationshaus ein Konzert statt. — Heute vormittags: Truppenparade am Altstädter Ring, Rede des Verteidigungsministers Udrkal, dann Vorbeimarsch der Vereine. Am Nachmittag veranstaltet die Prager Garnison das von uns im folgenden mitgeteilte öffentliche Auftreten im Stadion auf der Letna.

Öffentliches Auftreten der Garnison in Prag.

Das Kommando der 1. Infanteriedivision übersendet uns zur Veröffentlichung eine Notiz, die wir im Nachstehenden unverändert abdrucken.

Vorverkauf der Eintrittskarten für das öffentliche Auftreten der Garnison in Prag am 2. Juli d. J. im Stadion auf der Letna übernimmt auch Frau M. Truhlářová in ihre Verkaufsstellen am Kozák, im Palais Koruna und auf den Rön. Weinbergen. Für die nicht auftretenden Angehörigen der Militärischen Macht, Legionäre, Gendarmen und Polizei in Mundur 50% Nachschlag außer Vorgesetzte, der Verkauf derselben Eintrittskarten nur in den Kassen des Stadions auf der Letna.

Wir haben dieser Ankündigung dieses „öffentlichen Auftretens“ kein Wort hinzuzufügen.

Die Gedenkfeier für Zborov.

Die Gedenkfeier für Zborov, die in diesen Tagen in Prag mit Pomp gefeiert wird, unterzieht das „Rube Pravo“ einer vernichtenden Kritik, indem es den Proletariern unter den Legionären klarmacht, daß sie bei Zborov für die Zwecke der Bourgeoisie gekämpft haben und daß die Toten

von Zborov für das Proletariat eine eindringliche Warnung darstellen: Das Proletariat, dessen Tote heute im Interesse des Nationalismus und des Bürgerturns ausgenützt werden, müsse darauf bedacht sein, daß es in der Zukunft nicht für die Zwecke anderer sein Leben aufs Spiel setze, sondern nur für die eigene Klasse. In einem kurzen Ueberblick über die politische Lage im Juli 1917 schreibt das genannte Blatt ungefähr folgendes: Am 2. Juli 1917 ergriff eine tschechische Brigade gemeinsam mit den russischen Truppen bei Zborov die Offensive. Diese Kampfhandlung ließ Kerensky auf Befehl des Ententegeneralstabs ausführen, um damit Rußlands Kriegstüchtigkeit zu beweisen. Entgegen den Versprechungen, die die neue Regierung nach dem Sturze des Jaren den Soldaten gegeben hatte, wurden diese neuerdings im Interesse des Kapitalismus auf die Schlachtbank geführt. Doch die Offensive mußte zusammenbrechen, da im russischen Proletariat das Klassenbewußtsein erwacht war und der Bolschewismus festen Fuß faßte. Was damals in den Augen der bis „zum siegreichen Ende“ unentwegt bei guter Verpflegung „ausdauernden“ Bourgeois als „Demoralisierung“ erschien, nur der Klassenkampf des erwachten Proletariats. Nur die tschechischen Legionen hielten damals in Rußland dem Nationalismus die Woge. Aber der Leidensweg durch Sibirien und die Verhältnisse in diesem Staate haben viele Legionäre zur Besinnung gebracht. Zum Schluß bedauert der Schreiber dieser Zeilen, daß es den Legionären nicht gelungen sei, den Mißbrauch gefallener Proletarier zu nationalen Feiertagen zu hintertreiben.“

Tages-Neuigkeiten.

Die „Achtundvierziger“ und ihre Erben. Die deutsche „Lese- und Redehalle“ der Prager „liberale“ Studentengruppe, leidet seine Herkunft voll Stolz von den Revolutionären des Jahres 1848 ab, von jenen Studenten, die an der Spitze der bürgerlichen Revolution für die Freiheit des Volkes, für die deutsche Republik kämpften. Von den Idealen jener Männer hat sich aber auf die heutigen Geschlechter nichts vererbt. Nach der Ermordung Walter Rathenaus wurde die Halle als die Organisation der „freiwilligen, demokratischen“ Studenten aufgeführt, mit den sozialistischen Hochschülern in einer gemeinsamen republikanischen Kundgebung fest und offen den entschlossenen Willen der Prager deutschen republikanischen Studentenschaft zu erklären, sich allen monarchistischen, reaktionären Umtrieben der nationalen Studentengruppierungen und auch der Professoren entgegenzusetzen. Da verschwand sofort die revolutionäre Tradition des Jahres 1848 und die Halle zeigte ihr wahres Gesicht: das einer selbst reaktionären, bürgerlich-kapitalistischen Organisation. Sie „verurteilt“ natürlich den Mord, weil er gegen einen der ihren gerichtet sei und weil hierdurch „die Ruhe des deutschen Volkes“ (wie: der deutschen kapitalistischen Spießher) gestört werden könnte. Sie wird auch eine — Trauerkundgebung veranstalten, Gedenkreisen halten und ihren Trauerpalamander reiben. Mehr aber kann sie nicht tun! — Denn wie kann sich die „Halle“ gegen die monarchistische Reaktion wenden, wenn ihre Geldgeber, die Angehörigen der ihr befreundeten Deutschdemokratischen Partei, wohl die Republik als die für Deutschland derzeit vorteilhafteste Staatsform ansehen, aber alles eher als wirkliche Republikaner sind. Sie vermeiden auch, sich gegen die Reaktion der Deutschnationalen zu stellen, wegen des wadigen Parlamentsverbandes und weil sie hinter diesen an „treudeutscher“ Gesinnung nicht zurückstehen wollen. Wie kann sich die Halle gegen eine monarchistische Reaktion wenden, wenn nicht nur ihre Hochschullehrer und sonstigen „alten Herren“

fast alle typische Bourgeois sind, denen jeder Funken freiheitlicher Gesinnung abgeht. Ob die Halle wohl auch so friedlich, so unpolemisch, so liberal bleiben würde, wenn es um einen Kampf der Arbeiterschaft gegen die bürgerlichen Interessen ginge und wenn sie aufgefodert würde, Zeitweilige und Technische Nothilfe zu stellen?

Der Dank des hungernden Rußlands an die österreichische Arbeiterschaft. Der Vertreter des russischen Roten Kreuzes in Wien hat im Mitbewußt dem österreichischen Reichsarbeitererrat folgendes Schreiben übermittelt:

An den Reichsarbeitererrat Österreichs, Wien.

Teure Genossen! In dieser Anerkennung der brüderlichen Hilfe, welche Ihre Organisation der hungernden Bevölkerung in den Wolgaregionen erteilt hat, hat das Zentralkomitee des russischen Roten Kreuzes beschlossen, der Sanitäts-epidemiologischen Nr. 2 den Namen „Reichsarbeitererrat Österreichs“ anzueignen.

Indem das Zentralkomitee des russischen Roten Kreuzes diesen Beschluß Ihnen zur Kenntnis bringt, drängt es die Gelegenheit, seinen tiefsten Dank auszusprechen, sowohl auch die Hoffnung auf die weitere stets wohlthätige Hilfeleistung Ihrerseits in der großen Arbeit ihrer Humanität.

Mit brüderlichem Gruß:

Sokolowjew, Vorsitzender des Zentralkomitees des russischen Roten Kreuzes.

G. Kozowin, Generalsekretär.

Psychoische Schlanke. Aus der „Arbeiter-Reitung“ entnehmen wir einen interessanten Beitrag zur „Seelensorgepraxis“ der „Brüder in Christo“. In Wien lebte bei Adelstein ein kleines Mädchen, dessen Eltern nach Amerika auf Arbeitssuche gefahren waren. Dieser Tage sollte nun das Mädchen den Eltern nach Amerika nachfolgen. Bei seiner Verabschiedung erkundigte sich der Katechet der Kleinen sehr ausführlich nach ihrem zukünftigen Wohnort und übergab ihr ein wohlverpacktes Schreiben, mit der Aufforderung, es ihrem neuen Seelsorger in Amerika bestimmt abzuliefern. Der Ziehvater jedoch öffnete, nichts Gutes ahnend, den Briefumschlag, in dem sich folgender, in einem sehr elenden Latein verfaßter Brief befand:

Hochwürdigster Herr! Dieses Mädchen, das meinen Beifall überreicht, war meine Schülerin. Sie ist gottesfürchtig, hat aber die heiligen Buß- und Altarsakramente bisher nicht empfangen, weil ihr Ziehvater es verbot. Ihr eigentlicher Vater will angeblich der ersten Kommunion seines Kindes beizohnen. Ich bitte Dich, ihr Deine seelenhirtliche Fürsorge in besonderem Maße zuzuwenden! Wenn es möglich ist, schicke mir, bitte, einige Stigmata der heiligen Knecht, die auf die Meinung der Sondergelesen werden sollen. Mit großer Ehrfurcht grüßt Dich, hochwürdigster Herr, Dein ganz ergebener Mitarbeiter in Christo

Bauer Josef,

Windobona-Wien XXI, 2, Amstosstraße 21.

Nach diesem Briefe schickte jedoch dem Katecheten die Dollars wichtiger zu sein als das Seelenheil des Kindes, um das er sich schließlich kaum mehr zu kümmern hat als der Vater des Mädchens selbst. Alle diese Herren führen ja immer das Wort vom Seelenheile im Munde, wenn dabei für sie ein Profit herauskommt!

Die Mörderpartei. Die deutschnationalen Volkspartei hat in der Reichstagsdebatte, welche der Rathenau mord auslöste, frampffast versucht, zwischen sich und den Verbrechern einen Trennungstrich zu ziehen. Scheiterte dieses jämmerliche Bemühen schon an der Tatsache, daß die nunmehr entdeckten Mörder alle der Organisation (onsul) angehören, so

Der Einlam.

Erzählung von Ludwig Anzengruber.

1.

Die Glocken hatten vor langem geklungen, dann sang die Gemeinde in der Kirche und jetzt ist alles stille; jetzt ist die Predigt.

Am Fuße des Hügel, auf welchem das Gotteshaus über das weite Tal emporragte, lag eine kleine Sänke; Klang und Sang waren dort an das Ohr der Dreißig gedrungen, die unter dem Bortage im Gärtchen saß, bald vor sich nach den leeren Tischen und Bänken blickte, bald leitwärts nach einem schmalen Blumenbeete. Es hätte wieder des Lärmens bedurft, unter dem Saustus und beim Offertorium, noch des Singens der Leute, sie hätte es ohne das auch recht gut gewußt, wie weit die heilige Handlung vorgeschritten sein konnte, nach dem Schattens des Bortages, wie derselbe über die Gelbweinstöcke zu ihren Füßen hinschlief, ei ja, scharfe Sinne hatte sie noch, aber an den Kräften, an den Kräfte fehlte ihr's halt, sonst wär' sie heut auch nicht heimgeblieben, um das Haus zu hüten; sie mußte selbst darüber lächeln, daß sie dazu bestellt war, die es keinem hätte wehren können, das ganze Haus fortzutragen.

Aber heut will die Predigt kein Ende nehmen. Unter dem alten Horrer, der vor kurzem verstorben war, war lang schon die Kirche leer und die Tische und Bänke rings von lärmenden Beuten besetzt; es ist halt eben ein neuer, der will sein Sach besonders schön machen, sonderlich, daß er so viel Wort aufwendet und hat doch auch nur's Christentum zu bepreden, wird er doch nichts aus eigenem dozum?

Jetzt sah die alte Frau, wie es oben an der Kirchentür regs ward, erst kamen einzelne daraus

hervor, blieben nach ein paar Schritten zögernd stehen oder eilten hastig davon, dann quoll es in einem breiten, wimmelnden Strome hintennach, wie ein Schwarm aufgestörter Ameisen aus einer Erdröhre. Allen voraus aber war der Wirt, i Sohn, mit dem Enkel, dem kleinen Anton, an der Hand; die langen Schöße des Sonntagstodes des Alten flogen im Winde, und der Junge machte gezwungen die gewohtesten Sprünge, hinterher lief die Kellnerin diese, die mit ihren kurzen Weinen immer ein paar Schritte zurückblieb.

„Gott's Donner, Blesel, wo bleibst!“ rief der Wirt in den Garten stürzend und sich behend wie ein Kreisel umdrehend. „Mein' Janter, mein Fürstuch! Sei, lei!“ Dann wandte er sich zur Mutter. „Die Kirch is aus.“

„Du Parrisch!“ lachte die Alte, „seh's wohl. Nun, wie is er denn, der Neuche?“

„Ah, ein gescheiter Herr, ein rechter Herr schon, nur ein weng' resch“, ein weng' resch halt.“

Die alte Frau streichelte die erhitzen Wangen des Knaben, der zu ihr getreten war. „Hast die auch g'merkt, Toni, was der geistlich' Herr g'sagt hat?“

„Der all's in d'Göll' kommt, hat er g'sagt,“ antwortete das Kind.

„Na, wer denn all's?“

„Die Keyer, dann die Freimaurer, dann die Juden, dann die . . . die . . .“

nichtbilligend den Kopf schüttelnd, nach, dann murmelte sie: „So, so, also wieder einer, der'n Teufel g'schaffen gibt.“ Sie sah eine Weile sinnend. „Unser aller Kaplan geht auch fort?“ wandte sie sich an den Sohn.

„Ja, ich hör', morgen mit'm frühsten.“

„So, so, schau, schau, muß der auch fort! Wär' mer doch lieb' g'wesen, der wär' verblieben, war ihn und den seligen Herrn Warrer schon so gewöhnt, wenn ich omal doch hab' zur Kirchen hinkriechen können. Dreimal hab'n mich d'schon verkehrt“, wer weiß, wie der Neuche mit ein'm herumtut? Ich schick' mich soviel schwer in fremde Deut'. Hätten's doch erwarten können die zwei, der eine mit'm Bersther'n, der andere mit den Fortgeh'n, hätt' kein so Eil' g'habt; zwegn' der klein' Weil', die ich's noch mitmachen kann, wär's auch nit aus g'wesen.“

Indessen hatten sich die Gäste eingefunden, es begann ein geschäftiges Hin- und Herrennen in der kleinen Wirtschaft, und an den Tischen erhob sich ein Gemurmel und Gesumme.

„Mir g'fallt er nit, gar nit g'fallt er mir, der Neuche,“ sagte ein schwächlicher, bleich aussehender Bursche zu den umstehenden, gleichfalls hunger Beuten. „Werdet sehen, jetzt kommt wieder eine Zeit, wo jed's zu Ostern wird sein Belstizettel aufweisen müssen.“

So leise er das gesagt hatte, so war es am Tische nebenan, wo eben der Wirt das Getränk auftrug und dadurch das Bel'sch'stokes machte, hoch verstanden worden. Ein doperer Mann, dessen schmal's Gesicht scharfe Rüge zeigte, wandte sich rasch nach dem Sprecher um. „Glaub's schon, Toimerl, daß dir das leid tut,“ sagte er, „aber dem Jamm'leben in der milden Eb' mit deiner Rathil, dem d'wert jetzt a Biel g'setzt sein und auch d' andern soll'n sich g'freun', weil denen wird's

Gastelgehn abg'wöhnt werd'n! Hast ganz recht g'raht, wenn d' meinst, daß gegen'n Vorherigen der Neuche ein' härtern Striegel führt.“

„Es hat's wahrlich auch schon not,“ sagte ein anderer, „daß wieder ein' Zeit ins Land kehrt, wo die Sünder zum Jappeln anheb'n müssen.“

„Wo d'zent' ch' Heul'n und Rähn'nepvern is?“ Klang es vom Burschentische herüber.

„Sollt' mer herent' noch's Japplete krieg'n? Dös is unbillig!“

„Des Lotter, dös,“ sagte ein Weisknecht über ein paar Tische herüber, „spott's noch! So a Zeit, wie die jetzige Zeit is, hat's noch gar niemaal geb'n! Was mer aus einer heut'g'n Reitung leßt, wie's in der Welt zugeht, so was hat mer in mein' jungen Tag'n nit's lesen kriegt!“

„Well's in dein' jungen Tag'n gar kein' Reitung geb'n hat!“ schrie ein Bursche dageget.

Da fuhr der Lange am Rebenische wieder empor. „Wird euch schon vergehen der Spak, und uns kann's nur lieb sein, wenn wieder da am Ort ein' Zuht, ein' Ordnung und ein Christentum is.“

„Ich denk', an die drei hat's untern Sellgen auch nit g'fehlt,“ sagte ein dikes, behäbiges Männlein, das neben dem Eisener saß. „Ich hab' nig gegen den Neuchen — bewahr' — aber all's scharf macht leicht scharf. Nur ein Einsehen! Der Alte hat sich allzeit um sein' Sach' rechtschaffen ang'nommen.“

„Ei ja,“ lachte der Dagete, „daß du uns'n Alten vorruchst, dös versteht'sich. Et er ja doch, wie dein' Dirm' Hochzeit g'halt'n hat, ein Aug' drüber zubrudt, daß die mit'm Kranz und mit Begleitungsfern vor'n Altar geht. Welt, jetz gibst dich? Is auch g'scheiter.“

Fortsetzung folgt.)

*) Sei, lei = schnell, flink!

**) Resch = streng.

*) Verkehrt = mit den Sterbesakramenten.

wird es auch noch durch einen „offenen Brief“ durchkreuzt, den ein gewisser Fritz Craus aus Leipzig, z. B. Berlin, im „Vorwärts“ an den Parteihauptling Staatsminister a. D. Bergt richtet und der beweist, daß die Partei als solche Verbrecher und Morde organisiert hat. Craus widerlegt hier die tönende Phrase Bergts, daß die Partei ihren Schild stets rein gehalten habe, durch die kategorische Behauptung, sie „habe politische Verbrecher unterstützt, ja, sei nicht davor zurückgeschreckt, politische Aemter in straffälliger Weise zu mißbrauchen.“ Der Beweis, den Craus für seine schwerwiegende Behauptung erbringt, ist lüdenlos und niederschmetternd. Craus war mit einigen anderen „Kameraden“ angeklagt, in Halle a. S. während der Märzunruhen den Kommunisten Reseberg erschossen zu haben. Die Mittel zur Verteidigung stellte die deutschnationale Volkspartei durch Rechtsanwalt Hirsch in Halle, ihr Mitglied, zugleich Rentant der Organisation C, zur Verfügung. Geleitet wurde dieser Bund damals durch Oberleutnant Franz, der im Prozeß gegen die Mörder Rosa Luxemburgs als Beisitzer fungierte! Die Angeklagten wurden bis auf den Leutnant Hubert, welcher flüchtete, freigesprochen. Um dem Hubert die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen, sollte Craus über Auftrag des Hirsch die Schuld des Resebergmordes auf sich nehmen und mit falschen Papieren flüchten. Bevor man mit diesem Ansuchen an ihn herantrat, war er von den Abgeordneten der Partei von Gallwitz und Penning mit Liebenswürdigkeiten überschüttet, mit 500 Mark unterstützt und an Rechtsanwalt Müller in München gewiesen worden, in dessen Büroräumen die Organisation C arbeitete. Craus trat ihr bei, ging dann nach Berlin und wurde hier vom deutschnationalen Abgeordneten Janzsch der „Arbeitsgemeinschaft Müller“ zugewiesen, in deren Dienst er Oberschlesien beurlauben half. Dann folgte die Befreiungsfahrt für den Leutnant Hubert, die Craus aus Angst vor der kommunistischen Rache nur noch zum Schein unternahm. Er fand bei seinen diversen Scheinmännern die willige Unterstützung des „Verbandes national-gesinnter Soldaten“ in Schneidemühl, des dortigen Studentenrates Böcker und des Barons Knigge in Grenau, der ihm 1000 Mark und falsche Papiere einhändigte. Die Briefstelle, die diesen Papieren gilt, verdient eine wertvolle Wiedergabe: „Baron v. Knigge nahm mich drei Wochen aus und stellte mir in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher eine Reihe gefälschter Papiere (Ausweis mit Bild, Invalidentaxe, Anmeldeung, Arbeitsbescheinigung, polizeiliches Führungszeugnis) aus, die er mit dem amtlichen Stempel und seiner Unterschrift versah. Der Amtsvorsteher des Barons, Freitsche, kann bezeugen, daß der Baron zu diesem Schritt die Stempel und Vorbrude aus dem Amtszimmer holte, wobei Freitsche noch bemerkte: „Hier kann sich mancher verstecken, der gesucht wird. Hier ist alles da.“ — Mit weiteren 3000 Mark, die Hirsch in Halle beisteuerte, ging Craus wieder nach Berlin, von wo ihn ein Hauptmann Siefert an die Schutzpolizei in Kellinghausen wies, und hier tat Craus mit Hilfe seiner gefälschten Papiere antiliche Dienste. Neben der Reichstagsunterstützung auch die deutschnationale Landtagsfraktion durch Vermittlung ihres Abgeordneten Rector Hermann den wohlbehüteten Craus und im Büro der Partei in der Bernburgerstraße erhielt er Geld eingehändigelt. Die Mitteilungen des Craus, die er über Wunsch zu erwidern bereit ist, genügen, um zu zeigen, wie die Partei der Junker und Reserveleutnants in Wahrheit aussieht, und ihr gleichzuwerden ist das heftigste Bemühen unserer heimischen Drapackleute! Auch „Geheimorganisationen“ besitzt sie, natürlich ebenfalls ins Rubige verfeinert: die randalisierenden Mittelschülerpenalisten. Werfen die auch keine Bomben und schießen sie auch nicht mit scharfgeladenen Pistolen, so sind sie doch eine Stätte, in der Borniertheit, nationalistischer Dünkel und rabiaten Klassenhassens systematisch großgezogen werden. Die Arbeiterkassen wird gut daran tun, den dummen Jungen auf die Finger zu schauen.

Raubüberfall in einem Prager Tröblerladen.
In das Geschäft des Tröblers Karl Morawitz in der Reitelgasse in Prag kam am 28. v. M. ein unbekannter, etwa 20jähriger junger Mann, der sich für einen Detektiv ausgab und den Morawitz aufforderte, ihm sein Papiergeld vorzulegen, weil er für verkaufte Anzüge solche Noten erhalten habe, die der Detektiv prüfen wolle. Morawitz entsprach der Aufforderung auch, aber kaum war der angebliche Detektiv fort, bemerkte der Geschäftsmann, daß ihm ungefähr 80 K. fehlten und er erstattete deshalb gegen den Unbekannten die Strafanzeige. Vorgestern nachmittag stellte sich der Unbekannte neuerdings in dem Laden ein, als gerade der Sohn des Tröblers, der 23jährige Oskar Morawitz anwesend war. Der Detektiv erklärte ihm, daß er gekommen sei, um eine gründlichere Prüfung des Geldes vorzunehmen, und daß nach ihm Detektive kommen werden, welche die falschen Noten beschlagnahmen würden. Als aber Oskar Morawitz von ihm forderte, daß er sich mit einer amtlichen Legitimation ausweisen möge, warf sich der Unbekannte auf ihn und begann ihn zu würgen; er wurde aber schließlich von Morawitz und dessen Schwester überholt und im Laden eingesperrt. Hierauf riefen die Ueberraschten die Polizei herbei, die den falschen Detektiv verhaftete und in ihm einen gewissen Josef Obratil aus Prag II. sicherstellte. Es wurde bei ihm eine Stahlhade gefunden. Der Täter wurde dem ...-erheitsdepartement übergeben.

Deutschlands kritische Lage.

Blutige Unruhen in Gleiwitz.

Gleiwitz, 1. Juli (Wolff). Schon heute früh machte sich hier unter der Bevölkerung infolge der Ablieferung der Waffen der Apo an die französischen Besatzungstruppen größere Aufregung bemerkbar. In der Schroderstraße, dem Standorte der Apo, und am katholischen Vereinshaus kam es zu Zusammenstößen zwischen Zivilisten und französischen Truppen, die gegen Abend großen Umfang annahmen. Wie verlautet, sind fünfzehn Personen, darunter auch ein Franzose getötet und gegen 25 Personen verwundet worden. Im Laufe des Nachmittags fuhr ein französischer Panzerwagen durch die Straßen. Gegen 10 Uhr abend war noch Gewehrfeuer zu hören. Ueber Gleiwitz wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Das Waffenmagazin der Mörder.

Berlin, 1. Juli. (Wolff.) Bei dem Eigentümer des bei der Ermordung Rathenau verwendeten Automobils, dem deutschböhmischen Fabrikanten Johannes Kühnmeister zu Freiberg in Sachsen beschlagnahmte die Polizei zwei Minenwerfer, sechs schwere und vier leichte Maschinengewehre, 150 Gewehre, 30 Rifflin Munition und eine telefonische Einrichtung, die in einem Schachte eingemauert waren.

Ammenmärchen der Münchner Polizei.

Die braven Monarchisten und die bösen Sozis.

München, 30. Juni (Wolff). Die die Münchner Polizeidirektion belanntgibt, haben anlässlich der deutschnationalen Protestkundgebungen gegen die Kriegsschuldfrage auf dem Königsplatz die vereinigten sozialistischen Parteien zusammen mit den Kommunisten Veranstaltungen getroffen, um je nach Verlauf der Kundgebungen mit Angriffen auf deren Teilnehmer vorgehen zu können. In verschiedenen Stadtteilen war große Bereitschaft angeordnet. Kolonnen, die mit Totschlägern und anderen Kampfwerkzeugen bewaffnet waren, zogen auf den Feldherrnplatz und auf andere Plätze. Zahlreiche Radfahrerkolonnen vermittelten die Verbindung zwischen den einzelnen Bereitschaften und der Kampfleitung. Der Haltung der Teilnehmer an der Kundgebung auf dem Königsplatz ist es zusammen mit den polizeilichen Vorkehrungen zu danken, daß schwere Zusammenstöße vermieden wurden. Die Polizeidirektion teilt mit, sie werde jeden Versuch einer Wiederholung der Einrichtung eines solchen Wachdienstes und der Aufstellung einer zu Straßenlampen bestimmten Kampfruppe mit allen gesetzlichen Mitteln begegnen. (Die faulstidige Lüge spricht aus jedem Wort des Münchner Polizeiverichtes. Die Welt kennt die Gewalttätigkeit der Regierungen Nazi und Verchensfeld viel zu genau, um nicht zu wissen, daß Arbeiterblut in Strömen geflossen wäre, wenn das Proletariat wirklich gewagt hätte, sich in der geschilderten Weise zu rüsten und zu sammeln. Auf Arbeiterbataillone, wären sie dageswesen, mit Knüppeln und Gewehren einzuhaben, hätte den Münchner Polizisten und den „Teilnehmern an der Kundgebung“ gleicherweise behagt, und von ihrer besonnenen „Haltung“ zu reden klingt angehängt der Nordstimmung, in welcher alle Deutschnationalen derzeit rasen, wie der grimmigste Hohn. Die Absicht, rechtsgerichtete Ausnahmestimmungen gegen alle linksorientierten

Frankreichs Schulden.

Paris, 1. Juli. (Tsch. B.-B.) Der „Petit Parisien“ schreibt: Am 19. Feber hat der Kongreß ein Gesetz angenommen, auf Grund dessen Frankreich sowie die anderen Schuldner der Vereinigten Staaten aufgefordert werden, ihre Schulden, Zinsen und Kapital einbeziffern, innerhalb 25 Jahren zurückzahlen. Die Schuld Frankreichs gegenüber Amerika beträgt 3.300 Millionen Dollar; die sofort fällige Annuität werde also 220 Millionen Dollar betragen. Wenn die gleichen Bedingungen für die Schulden Frankreichs gegenüber England gestellt würden, würde diese Schuld 2.500 Millionen Dollar, die Annuität ungefähr 172 Millionen Dollar betragen. Frankreich hätte also für die Schulden an diese beiden Staaten ungefähr 1530 Millionen Goldmark im Jahre zu zahlen; diese Summe wäre ein wenig höher als das, was Frankreich von Deutschland erhalte, soferne der Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 bestehen bleibe und ungekürzt zur Ausführung gelangte. Wenn die Rückzahlung der alliierten Schulden nach dem amerikanischen Gesetz verlangt würde, würden nicht nur alle Reparationen dadurch aufgewogen, es sei vielmehr zu befürchten, daß Frankreich selbst eine doppelte Schuldenlast auf sich nehmen müßte, einmal um die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen, und dann, um seine Alliierten zu befriedigen.

Kapitulation der Irischen Aufständlichen.

London, 30. Juni. Nach einer amtlichen Mitteilung der irischen Freistaatsregierung erfolgte die Kapitulation des Justizpalastes bedingungslos. Unter der gefangenen Besatzung befinden sich der Führer der Aufständischen Rory O'Connor, ferner Liam, Milwose und alle hervortretenden Offiziere des republikanischen Generalstabes. General O'Connell, der von den Re-

publikanern entführt worden war, ist befreit worden. Das Organ der irischen Vertragsgegner meldet, De Valera habe die Führung der irregulären Streitkräfte, die außerhalb des Justizpalastes operieren, übernommen. Die Zahl in den Dubliner Kämpfen Gebliebenen beträgt nach den bisherigen Feststellungen 30, die der Verwundeten 50. Ein großer Teil davon sind Zivilisten.

Verhaltung eines Erhardtbanditen.

Paris, 1. Juli (Habas). Aus New York wird telegraphiert: Die Polizei verhaftete auf dem Postschiffe, das aus Europa eingelaufen ist, einen gewissen Max Petersen, der ohne Wissen des Kapitäns als blinder Passagier reiste. Während der Fahrt bekannte Petersen Schiffsbeamten, daß er der Erhardtbrigade angehöre und daß er von sämtlichen Vorbereitungen zur Ermordung Rathenau gewußt habe, und fügte hinzu, daß er sich fürchte, nach Deutschland zurückzukehren, da er überzeugt sei, verhaftet zu werden.

Allgemeiner Buchdruckerstreik in Berlin.

Berlin, 1. Juli. (Eigenbericht.) Die heutige Vertreterversammlung der Berliner Buchdrucker beschloß, ab heute mittag zwölf Uhr in sämtlichen Druckerien Berlin in Streik zu treten. Die Buchdrucker verlangen Lohn-erhöhungen von 300 Mark pro Woche. Um diese Forderung durchzusetzen, stand in eintägigen bürgerlichen Druckerien das technische Personal schon seit einigen Tagen im Kampf, der nun durch Ausdehnung auf alle Betriebe zu einem vollen Erfolg führen soll. Infolge dieses Streiks wird auch die Arbeiterpresse bis auf weiteres nicht mehr herauskommen. Die Buchdrucker werden lediglich ein täglich erscheinendes gewerkschaftliches Mitteilungsblatt herausgeben.

Die Getreidemenge-Vorlage angenommen.

Berlin, 30. Juni. Im Reichstag wurde der Rest der Getreidemenge-Vorlage in der Ausschussfassung angenommen. Darnach bleiben Grundstücke von 5 Hektar von der Umsage befreit. Die dritte Lesung der Gesetzesvorlage wird morgen erfolgen.

Der Rapallovertrag genehmigt.

Berlin, 1. Juli. (Wolff.) Der auswärtige Ausschuß des Reichstages, an dessen Sitzung auch der Reichskanzler teilnahm, hat den Rapallovertrag genehmigt.

Der Untersuchungsanschuß für Dr. Hermes.

Berlin, 1. Juli. (Wolff.) Der Reichstagsanschuß zur Untersuchung gegen Dr. Hermes hat sich dahin ausgesprochen, daß er keine Veranlassung gegeben sieht, dem Reichstag zu empfehlen, gegen Minister Hermes vorzugehen. Die Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Partei haben sich an dieser Beschlußfassung nicht beteiligt.

Hermes gegen „Freiheit“.

Berlin, 1. Juli. (Eigentümer.) Am Montag beginnt beim Landesgericht I in Berlin der Prozeß, den Reichsfinanzminister Dr. Hermes gegen die „Freiheit“ in der bekannten Weinaffäre angestrengt hat. Die Dauer ist auf vier Tage angesetzt worden. Als Verteidiger des belagerten verantwortlichen Redakteurs der „Freiheit“ fungieren Genosse Dr. Einzheimer, Genosse Oskar Cohn und Otto Voenheim.

Frühlingstage im Grenzland.

II.

Karlsbad.

Nun war der Frühling wirklich im Land. Und wir Menschen tauten auf nach dem langen Winter. Ein mächtiger Zug saßte jeden Stubenboden. Selbst der Trägste konnte nicht widerstehen. In einen einzigen Blütenhain war das erdige Böhmerland getaucht. Wie sunkelten da seine Edelsteine im blanken Beschneide!

Ein solcher Edelstein ist Karlsbad. Den Hochbenedlichen muß es wirklich verwundern: Nur noch Oberflächlichkeit und Hohlheit hat die Mode gesucht und dennoch sucht sie sich solche herrliche Erdenstücke zu ihren Tummelplätzen. Wüßte man nicht, daß im Wirtschaftsleben dort, wo in einem Staat zwei Geldsorten nebeneinander bestehen, die bessere immer wieder durch die schlechtere verdrängt wird, so gäbe es kaum eine Erklärung dafür. Aber diese Analogie löst das Rätsel. —

An einem herrlichen, taustrichen Morgen, dem ersten meines Aufenthalts, ging ich vor dem Frühstück zum Sprudel. Man sollte mich nachher nicht ausulachen können, ich hätte vor dem Wasser Schen gehakt! Eine halbe Stunde nahm ich an dem Wirbel teil. Glücklich im Gefühl, nicht eine im süßen Ueberfluß entstandene bittere Krankheit mit einem solchen noch bittereren Gefühl heilen zu müssen, ließ ich Kranke — nämlich die geringere Zahl derer, die es wirklich waren und die überwältigende Majorität derer, die sich nur so gaben — mit samt ihren Heilmitteln sein und stöh aus dem Bereiche der Stadt. Von der Freundschaftshöhe ließ ich dann meinen Blick hinaus gleiten über das breite Egertal zu den Höhen des Erzgebirges hinüber. In buntem Wechsel liegen dunkle Halben, Schloß, Pechen, Weiler, Kirchdörfer und schmale Häuschen ins Grün der Wiesen und ins rote Braun der Felder eingestreut. Ein frohes Lächeln liegt über dem von Natur so reich besenkten und durch die Kultur so verorneten Land. Und doch ist es reichlich noch als die deutschen Gebiete im Norden und Osten Böhmens. Jenes Land, das mir dort begegnete, traf ich hier nicht. Im Süden dehnt sich in sanften dunklen Wellen das Tschelgergebirge. Aus seinem Schöße bohnt sich die klare, übermütige und zu mancher Jahreszeit revolutionäre Tepl, von dunklen Wäldern geleitet, ihren Weg. Innerhalb der Stadt haben sie den „unzuverlässigen“ Ausbund ob seiner Kulturfeindschaft in haushohe Mauern eingesperrt. Nun ist dort keine Nacht gebrochen. Aber nur dort. — zu meinen Füßen liegt die reine, helle Stadt, die abseits der Kurpromenade so schön ist, aber von nirgends so einen lieblichen Einrud hinterläßt wie von meiner Höhe aus.

Stundenlang streiche ich durch die gepflegten Forste über die Höhen, die das Tal der Tepl becken. Von der Nähe des internationalen Kurortes ist bald keine Spur mehr. Ich bin wieder mit der Natur allein und nichts stört unsere Zwiesprache. Nur einmal mengt sich ein frecher Hase drein. Als ich langgestreckt mitten unter Weiden und Primeln am Waldrande lag, kam er mit langen, steilen Löffeln angezogen und suchte das Geheimnis meiner in der Himmel rogenden Schaufspitzen zu ergründen. Als ich ihn, mit den Spitzen zusammenklappend, aus seinem Pflöschietolle wegta, schlug er empört einen Haden.

Im dämmernden Licht des lauen Maiabends zog ich dann der plaudernden Tepl entlang, der schönen Stadt zu, die die Menschen so verunglücken.

Oitrau.

Links und rechts glühen lodernde Effen in die Nacht und begleiten eine Stunde lang den Schnellzug. Sie sind das Empfangspalier, das den erwarteten, der das „Revolver“ besucht. Ein buntes Sprachenwiesel erfüllt den Wagen und verrät, daß wir uns einem Grenzwinkel nähern. Zwei Stunden vor Rittersnadt sind wir in Oitrau. Als ich am Morgen durch einen Spalt des Gangenssterns aus dem Hotel blickte, jubelt mein Bergsteigerherz, das jetzt an so schmale Kost gewöhnt ist: Ein graues, zackiges Felsengebirge taucht, vielleicht eine Bahnstunde entfernt — so steht es aus — auf. Da gibts „schöne Arbeit“, denke ich mir. —

Ich trete vors Tor, lasse eine Weiße Lärm und Trubel an mir vorbeiziehen und werfe mich dann in einen Zug einer der vielen elektrischen Lokalbahnen, die das Revolver durchziehen. Da werde ich bald eine große Enttäuschung gewahrt: Jene grauen Jagengebirge sind nicht eine Bahnstunde von der Stadt entfernt, sie liegen mitten in ihrem Bereiche. Aber es sind — gar keine Berge, es sind graue Halben tauben Gesteins und dunkler Schlacke.

Das war der Morgen. Dann durchziehe ich das Revolver. Von einer Anhöhe zwischen Karwin und Oitrau blicke ich auf das Land, das immer zur Hälfte ein unterirdisches Dasein führt. Wo ich stehe, spricht grünes Gras, saftig und spigig wie nur irgendwo. Nicht blaubele Bäume ragen zum Himmel, sondern jubein darüber hin — Frühling auf hier. Wie es wohl 100 Meter tiefer aussehen mag!

Die Bäume, die mich umgeben, sind nur spärlich an Zahl, unten in der Ebene aber dehnt sich ein ganzer Wald. Freilich: wach ein Wald! Die Bäume sind zwar schlank und hoch — aber statt des Geistes haben sie jeder eine braunschwarze Fahne, die breit und schmüblig in den tiefblauen Himmel verläuft. Ein schwarzer, qualmender Nebel liegt über diesem den Wald. Wela, einen Oegenschiff zwischen diesen und jenen dunklen, traumstillen grünen Wäldern, die ich in den letzten Wochen an anderen Grenzen durchwandert. Aber so groß der Oegenschiff ist, sie haben etwas gemeinames, diese beiden Waldformen, das sie organisch verknüpft. Wäre dies Wald qualmender Schlacke, wenn jener grüne Wald nicht wäre? Wohl kaum. Und dennoch, jene, die diesen Wald der Ramine schufen, wurden gerade jenes anderen grünen Waldes beraubt. Und in dem

Kongreß der Bergbeamten.

Mähr.-Oitrau, 1. Juli. (Tsch. B.) Heute wurde hier der Kongreß der Bergbau-, Hütten- und Privatbaumeister der Tschelchschlowakei in Anwesenheit von 140 Delegierten eröffnet, welche über 8000 Mitglieder vertreten. Der Kongreß wurde einberufen, um Beratungen über die Regelung der Berg- und Hüttenwesen zu pflegen, welche den gegenwärtigen Bedürfnissen nicht entspricht. In dem Referate über das Beamtenrecht wurde auf die Notwendigkeit der Errichtung einer Beamtenkammer hingewiesen.

Walde voll Quastm und drückender Fron schufen sie, damit jene „Anderen“ sich des grünen Waldes erfreuen können, den die Fronknechte kaum mehr sehen.

Und in mir steigt Schamäste auf über meinen Egoismus, der es mir als höchstes Gut erscheinen ließ, an jenem Wälderwaldmorgen durch den „großen Strom mit Kind und Regel“ in meiner Ruhe nicht gestört zu werden. Wie kleinlich war ich doch gewesen! Jene Einsamkeit hätte mich schmerzen müssen, in dem Bewußtsein, daß an jener Fron im grauen Alltagswald der qualmenden Schote nichts so schuldtragend ist, als eben jene Wirtschaftsordnung, die den Fronknechten nicht Zeit und Ruhe läßt, sich des grünen Waldes zu erfreuen. Wie vieles würde anders werden, besser, heller, schöner, um wieviel Glück und Freude gäbe es mehr auf dieser Erde, wenn sie alle in den dunklen Schächten sich jenes grünen Waldes besinnen würden, wenn sie sich vornehmen würden, ihren Sonntag Sommer und Winter niemand anderem zu weihen, als jenem ewigen Gelandsbrunnen der leidenden Menschheit: dem Bergwald.

Ritten in einem solchen Bergwald steht legendwo in den österreichischen Voralpen, dort, wo sie am schönsten sind und wo sie auch heute noch sehr selten einen Wanderer Fuß betritt, eine schloßähnliche Villa. Von hohen Bergen rings umschlossen, gegen den rauhen Nordwind gut geschützt, ist sie umgeben von einem Garten, der ein halbes Jahr lang dem Besizer mitten in den rauhen Bergen der Ostalpen alle Herrlichkeiten südlischer Blumenpracht vorzaubert. Das Schloß trägt an seinem nach Osten gefehrten Giebel einen Sinnpruch, der sich mir, seit ich ihn als Student auf einer Ferienfahrt zum erstenmal mitten in dem Duft und dem Blütenzauber dieses Apentales Ias, tief ins Gedächtnis prägte:

Glück auf, du holdes Sonnenlicht, sei innig mir gegrüßt,
Der achtest deiner Strahlen nicht, der ewig sie genießt.

Als ich dann nach längerer Zeit erfuhr, der Besizer sei ein Kohlenbaron und besitze irgendwo im Norden reiche Steinkohlengruben, da schienen mir die beiden schönen Zeilen wie frevelhafter Spott und Hohn. Wie leicht ist es doch, mit zwei schönen Zeilen, mögen sie auch echt und edel klingen, seiner Gesinnung ein Denkmal zu setzen und dabei Tausende, ja ganze Generationen von zermürbten, dem Sonnenlicht entfremdeten Bergarbeiter auszubeuten! Denn jener Herr zählt, so fogte man mir und so berichteten auch die Zeitungen, zu den ärgsten Schindern der Ostauer Gegend. Ob dieser feinfühlig Unternehmer auch über dem Schachtelgang die Berge anbringen ließe? Wohl kaum.

An all dem Jammer solcher Gegenfälligkeiten mußte ich auf jener Höhe denken. Wird es ewig so bleiben? Nein, es darf nicht so bleiben. Unser soll wieder werden, was unser war: Das Sonnenlicht und der grüne Wald. Haben wir sie, haben wir unsere klaren Köpfe wieder und unsere reinen Herzen, dann lachen goldene Sonnenstrahlen einem neu, freien Geschlecht. Richard Dutsch.

Der Zustand der Heilanstalten in Mähren.

Die zweite Exkursion des Gesundheitsausschusses.

Die hädtliche Mutter- und Säuglingsfürsorgestelle in Brünn

fährte im Jahre 1920 — 1967 Kinder und zwar 1640 eheliche und 327 uneheliche im Stande. Im Jahre 1921 sind 1599 Kinder zugewachsen und zwar 1296 eheliche und 303 uneheliche. 1280 Kinder, die neu in Stand genommen wurden, waren gesund, 319 krank. Brustkinder waren 1031 eheliche, 231 uneheliche, Brust- und Flaschenkinder 79 eheliche, 13 uneheliche, bloß Flaschenkinder 186 eheliche und 59 uneheliche Kinder. Ihrer sozialen Stellung nach haben die die städtische Fürsorgestelle besuchenden Mütter folgenden Ständen angehört:

ehelich:

Arbeiterfrauen	550
Frauen von Gewerbetreibenden	490
Frauen von Angestellten und Militärs	108
Frauen von Intelligenzberufen	130

unehelich:

Fabrikarbeiterinnen	120
Hausgehilfen	140
Im gemeinsamen Haushalt	48

Gestorben sind 45 Kinder. — Im Jahre 1921 wurden 15970 Fälle behandelt.

Im allgemeinen muß zugegeben werden, daß auf dem Gebiete der sozialen Fürsorgetätigkeit Brünn nicht an letzter Stelle steht. Es ist nur zu bedauern, daß nach den Beschwerden, die von den Vertretern der deutschen Minderheit in der Brünn Gemeinde immer und immer wieder erhoben werden, bei der Verwaltung nicht immer sachliche Gründe ausschlaggebend sind. Nicht die soziale, sondern die nationalistische Seite wird zufolge dieser Beschwerden immer in den Vordergrund gerückt.

Die Brünnner hädtliche Zahnklinik

wurde im Jahre 1921 von 4942 Schulkindern und 1299 Erwachsenen frequentiert. Der Jahresbericht für das Jahr 1921 weist folgende Einzelleistungen auf bei Kindern: 1046 Amalgamplomben, 773 Zementplomben, 1877 Extraktionen, 1563 Einlagen, 600 Wurzelbehandlungen; bei Erwachsenen: 183 Amalgamplomben, 201 Zementplomben, 287 Extraktionen, 569 Einlagen, 403 zahnärztliche Verrichtungen. — Bis in die allerletzte Zeit wurden alle Leistungen unentgeltlich verab-

reicht. Erst in der jüngsten Zeit wird für Plomben und Zahnersatz die Vergütung des Materialaufwandes gefordert. Nunmehr soll diese Wohlfahrtsinstitution ihre Tätigkeit einstellen und von der Universität mit Beschlag belegt werden.

Die Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge.

Der Leiter der tschechischen Landeskommission überreicht dem Gesundheitsausschuß eine auf Grund der im Oktober 1921 durchgeführten Zahlung abgefasste Statistik, der wir einige auch die breite Desfentlichkeit interessierende Daten entnehmen wollen.

I. Physisch und geistig normale Kinder.

1. Moralisch verwahrlost und bedroht:			
a) bereits bestraft	566	103	669
b) bisher nicht bestraft	358	74	432
c) vernachlässigt	1573	883	2456
zusammen	2527	1060	3587
2. Ausgebeutet von Eltern oder Pflegeeltern:			
a) zum Betteln angeleitet	227	187	414
b) zum Erwerb angeleitet	285	203	488
c) anderweitig mißbraucht	513	524	1037
zusammen	1025	914	1939
3. Notorisch mißhandelt:			
a) von den Eltern	51	69	120
b) von den Pflegeeltern	10	6	16
zusammen	61	75	136
4. Verlassene:			
a) von den Eltern	600	474	1074
b) von den Pflegeeltern	27	29	56
zusammen	627	503	1130
5. Herumziehende	29	27	56
6. Uneheliche	1650	1797	3447
7. a) Doppelwaisen:			
1. militärische	786	623	1409
2. sonstige	1208	906	2204
b) Waisen, die nur eine Mutter haben:			
1. militärische	5503	5588	11091
2. sonstige	4889	4522	9411
c) Waisen, die nur einen Vater haben:			
1. militärische	1635	1755	3390
2. sonstige	14321	13484	27805
zusammen	14321	13484	27805
8. Andere normale, schuhbedürftige Kinder	313	343	656
Normale Kinder insgesamt	14.634	13.827	28.461

II. Abnormale Kinder.

1. Krüppel	757	571	1328
2. Epileptiker	166	153	319
3. Tuberkulose und Strofulose	316	456	772
4. Schwachsinnige	602	498	1100
5. Geistig minderwertige	1175	794	1969
6. Blinde	61	52	113
7. Taubstumme	193	160	353
8. Stumme	34	21	55
9. Andere Abnormale	125	126	251
Abnormale Kinder zusammen	3489	2771	6260
Normale Kinder zusammen	20.753	18.203	38.756
Alle schuhbedürftigen Kinder	24.042	20.974	45.016

Welche erschreckende Sprache klingt durch diese Zahlen an unser Ohr. Dabei muß berücksichtigt werden, daß sich diese Erhebungen nur auf das tschechische Gebiet Mährens erstrecken!

Die segensreiche Tätigkeit der Landeskommission wird am besten an der Hand des Berichtes für das abgelaufene Jahr klar. Die deutsche Landeskommission schließt mit diesem Jahre das erste Jahr ihres Bestandes. In den ersten zwei Jahren hat sie sich lediglich mit der Unterstützung anderer bestehender Fürsorgeeinrichtungen begnügt. Erst im Jahre 1918 wurde der Anfang zur Entfaltung einer planmäßigen Tätigkeit gemacht. Entgegen der bis dahin entstandenen Auffassung, daß die Hauptaufgabe der Jugendfürsorge in der materiellen Unterstützung zu suchen sei, haben die führenden Kreise der Jugendfürsorge erkannt, daß die Aufgabe der großen Landesorganisation in der Sicherung der Erziehung der großen Masse der Kinder liegt, daß es ihre Aufgabe ist, die körperlich und geistig gesunden Kinder gesund zu erhalten und durch eine planmäßige Organisation der Kinderschutzarbeit eine so vollständige Ueber- sicht über alle Kinder zu erlangen, daß dann die rechte Auswahl für die Behandlung in Spezialanstalten getroffen werden kann. Zur Grundlage ihrer Organisation hat die Landeskommission die Form der Berufsverbände gewählt. Die Komitees sind auch zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Landeskommission mit dem Wesen sie eingeschlagen das Richtige gefunden hat. In den Arbeitsbereichen war das Jahr 1921 gekennzeichnet durch eine weitgehende Verteilung der Arbeit und insbesondere sind es die Berufsverbände, welche ihren 9874 Mündeln ein Maß an Eifer und Liebe gewidmet haben, das in Zahlen nicht ausgedrückt werden kann, die aber in der geordneten Erziehung dieser Kinder unserm Volke Wundern tragen werden. Im abgelaufenen Jahre wurden 18 Mutterberatungsstellen neu errichtet. In diesem Jahre wurden an 53 Stellen insgesamt 4376 Säuglinge in 65.640 Ordinationen betreut. Bei der hohen Säuglingssterblichkeit, die in manchen Bezirken immer noch über 20 v. S. ergibt und bei weiterem Sinken der Geburten in manchen deutschen Gegenden muß es eine Hauptaufgabe der Kinderschutzorganisation sein, das Neuen von Mutterberatungsstellen immer enger zu ziehen, denn kaum bei einer anderen

Einrichtung ist der Erfolg so augenfällig wie in der Kinderfürsorge. Der Durchschnitt der Säuglingssterblichkeit beträgt innerhalb der deutschen Mutterberatungsstellen in Mähren 4 Prozent, gegenüber mehr als 20 Prozent außerhalb dieser Stellen. Die wichtige Einrichtung der Hauspflege konnte wegen der hohen Kosten im Jahre 1921 nur in drei Bezirkskommissionen durchgeführt werden. Dagegen wurden Lebensmittel entweder kostenlos oder gegen geringe Bezahlung, Gummisauger und kleine Gummieinlagen in fast allen Mutterberatungsstellen zur Verteilung gebracht, die von der Landeskommission entweder kostenlos oder gegen den Entschuldigungspreis geliefert wurden. 756,5 Kilogramm Lebensmittel wurden so verabfolgt. Der dringendsten Aufgabe der Landeskommission, nämlich der Bestellung geschulter Fürsorgekräfte in allen Bezirken, wo Mutterberatungen in Betrieb sind, konnte bedauerlicherweise nicht entsprochen werden, weil es den Zweigvereinen nicht möglich ist, neben allen Erfordernissen noch die 10.000 Kronen aufzubringen, welche die Erhaltung einer Fürsorgerin kostet und weil die Landeskommission selbst bei ihrem vollkommen unzulänglichen materiellen Mitteln nicht in der Lage ist, die Bezirkskommissionen nach dieser Richtung so zu unterstützen, wie es ihr dringendster Wunsch wäre.

Eine Ergänzung findet die Säuglingsfürsorge innerhalb der Bezirkskommissionen durch die Säuglingskrippen, von denen wir 14 in Mähren haben, ferner durch das Kinderheim in Illersdorf, in dem 23 Säuglinge ständig versorgt sind, davon 11 auf Kosten der Landeskommission.

Die Wanderlehrerin für Säuglingspflege hat im Jahre 1921 — 20 Kurse abgehalten, die von 1559 Frauen und Mädchen besucht waren. Leider mußte die Landeskommission die längst beschlossene Bestellung einer zweiten Wanderlehrerin aus Mangel an Mitteln zurückstellen. Die große Differenz zwischen der Erkenntnis dessen, was nötig wäre, um Tausenden von Kindern Gesundheit und Lebensfreude zu geben, und zwischen der Unmöglichkeit der Durchführung der dringenden Maßnahmen wegen des Fehlens der großen Geldmittel, die dazu nötig wären, lastet schwer auf den verantwortlichen Persönlichkeiten der Landeskommission.

Ein großer Teil der Arbeit war der Erziehungs- und Schulpflege gewidmet. Sie wirkte in zwei Richtungen. Einmal mußte sie der Aufgabe entsprechen, vor allem den Gemeinden klar zu machen, daß es für sie wirtschaftlicher ist, bei Zeiten einen kleinen Beitrag zur geordneten Erziehung der Kinder beizutragen als später für den gesamten Unterhalt verwahrloster und kranker Kinder aufkommen zu müssen. Die zweite Aufgabe der deutschen Landeskommission war die Unterbringung der bedürftigen Kinder in zweckmäßigen Pflegeorten. So ist es möglich gewesen, in allen Fällen, die im Jahre 1921 an die Geschäftsstellen eingegangen sind, die Kinder zweckmäßig zu versorgen. Es wurden untergebracht in Waisenhäusern 34 Kinder, in Erziehungsanstalten 49, in Heilstätten 89, in Erziehungsanstalten für Schwachsinnige 19 Kinder. Ferner wurden 31 jugendlichen Lehr- und Dienststellen vermittelt. Aus den beiden Erziehungsanstalten in Rüglicy und Neutitschein standen 57 bedingt entlassene Jüglinge unter Schutzaufsicht der Landeskommission; 51 davon haben sich zur Zufriedenheit ihrer Dienstgeber geführt. Aus der Schutzaufsicht sind zwölf Jüglinge entlassen worden.

In der Fürsorge für die Kriegswaisen, deren Zahl in Deutsch-Mähren 12949 beträgt, bestand die Arbeit vor allem in der Vermittlung der Witwen- und Waisentanten an die Hinterbliebenen der gefallenen Krieger. In 103 Fällen wurde die Intervention der Landeskommission in Anspruch genommen. Leider gibt es noch immer Familien, die die Versorgungsgebühr noch nicht oder nicht in der entsprechenden Höhe beziehen und deshalb großer Not preisgegeben sind. Daher mußten trotz der knappen Geldmittel in 24 Fällen Unterstützungen im Betrage von K 20.999.— verabfolgt werden. Die Aussicht über jene Kriegswaisen, deren Erziehung durch das Fehlen des Vaters gefährdet ist, führen die Bezirkskommissionen durch. 43 Kriegswaisen werden vollständig erhalten, was einen Aufwand von K 15.480.— erfordert. Neben den Geldunterstützungen wurden 110 Kriegswaisen mit Kleider, Wäsche und Schuhen betrieit, wofür 3.000.— K verwendet wurden. Im Jahre 1921 wurden 47 Jünglingen Studienbeihilfen im Betrage von K 19.350.— bewilligt. Im abgelaufenen Jahre wurden 953 Kinder durch sechs bis acht Wochen bei den deutschen Bauern Mährens untergebracht. Die Bezirkskommissionen führten die Ueberwachung der Kinder in den Pflegestellen, die Bezirkskommissionen Olmütz und Ostrau die Ferienunterbringung im eigenen Wirkungskreise durch. Olmütz entsendete 120 Kinder in das Ferienheim in Domstadt, Ostrau brachte 160 Kinder im Anstaltenheim unter. 160 Kinder, die wegen ihrer schwachen Gesundheit nicht in ländlichen Pflegestellen untergebracht werden konnten, wurden in das Ferienheim Wofanschy entsendet. Die Anstaltsunterbringungen erforderten einen Aufwand von 50.000 K. Der Erfolg war überraschend. Sämtliche Kinder, die besonders Kranke und Fürsorgebedürftigen, wurden in die Heilanstalt in Illersdorf entsendet, wo sie im Jahre 1920 zum erstenmal in eigenen schönen Räumen mitten im Walde untergebracht wurden. Die Landeskommission beteiligte sich auch aktiv an der Hilfsaktion Tschetal.

Diese so überaus segensreich wirkende Institution befindet sich in einer finanziell schwierigen Lage. Der Abgang in der Bilanz

für das Jahr 1921 beträgt K 196.328.29. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat wohl im Jahre 1921 eine Geldhilfe von K 50.000.— für das Jahr 1920 ausbezahlt. Dieser Betrag ist viel, viel zu niedrig. Angesichts der Tätigkeit dieser Institution müßte das Ministerium für soziale Fürsorge und auch das Gesundheitsministerium jene Mittel zur Verfügung stellen, welche die Landeskommission, sowohl die deutsche als auch die tschechische, zur Ausübung ihrer Tätigkeit wirklich benötigen. Das Geld, welches für diese Zwecke ausgegeben wird, ist wirklich produktiv angelegt. Millionen würden wir ersparen, wenn wir verständen, einige Hunderttausend Kronen zweckmäßig auszugeben.

Kleine Chronik.

Austragen von Wölfen in Karpathenland. Nach Meldungen des „Magyar Hirlap“ heunruhigen Wölfe wieder die Landbevölkerung in Karpathenland. In der Umgebung von Uglja überfielen sie eine Schafherde. Die Bevölkerung ersuchte die Gendarmen um entsprechende Maßnahmen.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Ballwirtschaft und Sozialpolitik.

Drosselung der freien Mehlzufuhr. Da das Ernährungsministerium alte Mehlvorräte in seinen Konfignationslagern aufgestapelt hat, die ihm kein Mensch ablaufen will, wurde jetzt amtlich folgende Verlautbarung erlassen: „Auf Grund eines Ministerratsbeschlusses werden ab 1. Juli, und zwar bloß für eine Uebergangszeit, insoweit die Mehlvorräte in den Konfignationslagern des Ernährungsministeriums nicht ausverkauft sind, Ansuchen um Mehlzufuhr, die bisher im Anmeldeverfahren erledigt wurden, nunmehr im Bewilligungsverfahren, u. zw. ohne Gebühren erledigt. Die Einfuhr von Hülsenfrüchten und Getreide verbleibt auch weiterhin im Anmeldeverfahren. In den Konfignationslagern des Ernährungsministeriums ist Mehl in jeder Menge zu Weltmarktpreisen erhältlich. Mehlsorten, die hier nicht zu haben wären, werden zur Einfuhr zugelassen. Früher ausgegebene Mehlzufuhrbewilligungen, die sich in den Händen der Importeure befinden, bleiben in Kraft, soweit nicht Frist und Gültigkeit verstrichen sind.“ — Die Verfügung können die Agrarier als einen sehr schönen Erfolg buchen, denn gleichzeitig mit dem Ernährungsministerium werden sie auch ihre Mehlvorräte vor der neuen Ernte und noch dazu sicherlich zu „guten“ Preisen, loswerden.

Die tranken Krankenkassen. Unter dieser Spitzmarke bringt der „Güterbeamte“, Zeitschrift der deutschen Güterbeamten in der Tschechoslowakischen Republik, in der Nummer vom 15. Juni eine Notiz, die recht bezeichnend ist für das Verständnis der Redaktion in der Krankerversicherung. Der Artikel beginnt gleich mit einer unerblickten Anschuldigung der sozialdemokratischen geleiteten Krankenkassen. Wir drucken die Notiz vollinhaltlich ab, damit die gesamte Desfentlichkeit sieht, was der „Güterbeamte“ seinem intelligenten Leserkreis summet:

Die tranken Krankenkassen. Wer wüßte nicht ein Lied davon zu singen? Meist der sozialdemokratischen Parteimacht überantwortet, werden sie von „Aguziel“ Parteiangehörigen verwaltet, die dabei ihre Versorgung finden, ja eine Zeitung konstatierte neulich, daß die halben Prämien bei Betriebswirtschaftung genügen würden. Auf einen großen Mißbrauch bei diesem Anlasse sei hingewiesen. Angenommen, ein Patient benötigt eine Ordination und fünffache Arzneiverfchreibung. Ein Nichtmitglied zahlt dafür: eine Ordination 10 K, fünfmal Arzneien à 7 K d. i. 35 K, ergibt zusammen 45 K. Das Krankenkassenmitglied darf das Rezept nicht behalten und muß fünfmal den Arzt aufsuchen und zahlt daher die fache fünfmal Ordinationen à 10 K d. i. 40 K (?), fünfmal Arzneien à 5,60 d. i. 28 K, ergibt zusammen 68 K. Die Krankenkasse kommt daher der Fall um 23 K teurer als dem Privatn. Die Verwaltungsmißstände und die Rezeptbeschaffung aber müssen von uns bezahlt werden. Dann fehlt das Geld für erste Hilfe, Operationen und Kurkosten. Mit diesem merkwürdigen System muß gedrosen werden und die Prämien auf die Hälfte herabgesetzt werden. Die Sanierung der Krankenkassen ist äußerst dringend.

Also die Rezeptbeschaffung und die umständliche Ordination bei den Krankenkassen sowie die sozialdemokratische Parteimacht sind schuld, daß die Krankenkassen krank sind. Wenn dieses merkwürdige System abgeschafft wird, können die Prämien auf die Hälfte herabgesetzt werden und die Krankenkassen sind saniert und zwar nach dem merkwürdigen Rezept des „Güterbeamten“. Man muß schon sagen eine so erdumme Belämpfung der von den Beschäftigten geleiteten Krankenkassen ist uns bis heute nicht vorgekommen. Dabei kann der Schmierfink nicht einmal rechnen. Er rechnet fünf Ordinationen zu à K 10.— ist zusammen K 40.—. Daraus ersticht man wie leichtfertig die Aufstellung und Gegenüberstellung gemacht wurde. Die ganze Notiz ist jedenfalls eine Stimmungsmache für die landwirtschaftliche Krankenkasse.

Lebensmittelpreise und Löhne in Oesterreich. Das „Rube Prado“ bringt einen Vergleich der Preise und Löhne in Oesterreich zwischen heute und 1914. So kostet heute ein Laib Brot 1430 K gegenüber 32 Heller im Jahre 1914, was einer 4000fachen Verteuerung gleichkommt. Vergleich

man andere Lebensmittelpreise, so kommt man zu dem gleichen Ergebnis einer 4000fachen Steigerung: Ein Kilogramm Butter kostete heute 18.000 K gegen 2 K im Jahre 1914; der Preis für Schweinefleisch ist in der letzten Woche um 2000 K pro Kilogramm gestiegen. Vergleichen wir jedoch die Löhne, so finden wir, daß bei diesen nicht das gleiche Verhältnis vorherrscht. Denn wenn ein Arbeiter im Jahre 1914 einen Wochenlohn von 15 bis 40 Kronen hatte, so verdient er heute nicht das 4000fache, sondern etwa 14 bis 48 Tausend Kronen, was einer bloß tausendfachen Erhöhung der Löhne gegenüber dem letzten Vorkriegsjahre gleich kommt. Man kann somit in Österreich das gleiche Bild betrachten wie bei uns: die Löhne halten nicht Schritt mit den Preisen. Dafür werden die Dividenden von Jahr zu Jahr gewaltiger.

Gegen die Freigeld-Bewegung. Eine scharfe Resolution der schweizerischen sozialdemokratischen Partei richtet sich gegen die Freigeld-Bewegung. Dem „Jülicher Volksrecht“ zufolge hat der Parteivorstand festgestellt, daß „die Freiland-Freigeld-Theorie“ in Widerspruch steht zu den fundamentalen Grundsätzen und dem Programm der Sozialdemokratie, indem die Sozialdemokratie die Quelle der kapitalistischen Ausbeutung, d. h. das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigen will, während die Freiland-Freigeld-Theorie die Ursache dieser Ausbeutung bestehen lassen will. Der Parteivorstand konstatiert ferner, daß die Frage der Freiland-Freigeld-Bewegung sich sowohl gegen die politischen als gegen die gewerkschaftlichen Grundlagen der Arbeiterbewegung richtet, indem sie den auf dem kapitalistischen Lohnsystem beruhenden Klassen Gegensatz leugnet; er erklärt deshalb die Zugehörigkeit zu einer Sektion des Schweizerischen Freiland-Freigeld-Bundes als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Wir stimmen der Bewertung dieser Lehre aus dem Gesichtspunkt der sozialistischen Wirtschaftstheorie vollkommen bei, denn wir auch der Meinung sind, daß die Gefährlichkeit dieser Theorien für die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in der mitgeteilten Resolution zu hoch eingeschlagen und jedenfalls überschätzt wird.

Rezios Anerkennung — ein Sieg des Finanzkapitals. Rezios Anerkennung seitens der Großmächte, eine unerläßliche Vorbedingung seiner Kreditfähigkeit und seiner außenpolitischen Konsolidierung — wird voraussichtlich in Kürze erfolgen. Das internationale Komitee der Banken ist mit einem Expressionsmandat großen Stils durchgedrungen — ein Abkommen zwischen dem Staat und dem internationalen Finanzkapital steht vor dem Unterzeichnen. Der Staat mußte sich verpflichten, verschiedene Schulden, wofür er eigentlich die Verantwortung nicht hätte tragen sollen, in der Höhe von einer halben Milliarde Dollars, mit einer jährlichen Zinslast von 200 Millionen Dollars zu übernehmen. Die Einkünfte aus den Exportzöllen nach der Petroleumausfuhr sowie die Bruttoeinnahmen der Eisenbahnen sind für die Tilgung dieser Schulden bestimmt worden. Außerdem muß der Staat seine Eisenbahnen in Privateigentum überführen, so jedoch, daß er sämtliche Schulden derselben weiter behalten und verzinsen muß.

Die Minimallohne. In Argentinien sind vor kurzem gesetzliche Maßnahmen für die Errichtung von Minimallöhnen und Lohnämtern, welche diese bestimmen, ins Leben gerufen worden. Dem Bulletin des amerikanischen „Federal Board“ zufolge sind die von diesen Ämtern festgesetzten Löhne bedeutend höher als die bisher bezahlten. — In England gelang es den Unternehmern nicht, die Einrichtung der Trade-Boards, welche Minimallohne für gewisse Industrien festsetzen, abzuschaffen, die für die Unternehmung eingesezte Regierungskommission mußte die Tätigkeit dieser Ämter gutheißen. Die Unternehmer trachten aber, die Errichtung neuer Lohnämter für Industrien, die über solche noch nicht verfügen, hinauszuschieben. Die englische Gewerkschaftsbewegung hat daher eine energische Propaganda eingeleitet, um die Aufstellung dieser neuen Lohnämter zu beschleunigen. — Der Kapitalismus in Australien hat einen Fortschritt gegen die Minimallohne eingeleitet; der südaustralische Ministerpräsident steht an der Spitze dieser Bewegung, da seiner Ansicht nach die Minimallohne nicht rasch genug und nur in einem ungenügenden Maße herabgesetzt werden. — Der Ansturm des amerikanischen Kapitalismus richtet sich gleichfalls gegen eine wichtige Einrichtung, die durch das Transporth Gesetz von 1920 für die Eisenbahnarbeiter und -Angestellten ins Leben gerufen worden ist. Dieses Amt — Railway Labour-Board — hatte nämlich Minimallohne festgesetzt, die trotz mehrfacher Herabsetzungen immer noch wesentlich höher sind, als die in der übrigen Industrie bezahlten. Die in Privateigentum befindlichen Eisenbahngesellschaften haben jetzt einen Weg zur hinterlistigen Umgehung des Gesetzes gefunden: sie vergeben die meisten Arbeiten auf Grund privater Verträge an Privatunternehmer, die an den Minimallohn nicht gebunden sind, und die dann die Eisenbahnarbeiter mit geringeren Löhnen wieder anstellen. — Auch aus diesen Mitteln geht klar hervor, daß die Minimallohne, obwohl sie unter Mitwirkung und Einfluß der Kapitalisten festgesetzt sind und nur die dürftigste Lebenshaltung garantieren, immer noch höher sind als die in der angeblichen „freien Konkurrenz“ festgesetzten — ein Beweis dafür, wie niedrig die Löhne überall sind!

Kurze der Wälaten.

Jülicher Kurse. Berlin 1.33, Wien 0.03.75, Prag 10.10, Holland 202.75, New York 5.26.75, London 20.27, Paris 44.25, Mailand 24.70, Budapest 0.51, Ugram 1.67, Warschau 0.11 1/2, Wien gest. 0.02 1/2.

Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezepte
M. DEUTSCH
Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 28
(Kleiner Markt).

Ein Millionär zu werden strebt jeder gerne an. Die Gelegenheit hierzu bietet sich durch Beteiligung in der Klassenlotterie. Zu gewinnen sind 1 Million, 1 Prämie 700.000, 1 Haupttreffer 300.000, 200.000, 2 à 100.000, 2 à 90.000, 2 à 80.000, 3 à 70.000, usw. usw. durch Bestellung eines Loses bei der allgemein bekannten und vom Glücke begünstigten Geschäftsstelle Josef Stein, Prag II., Kiegrasse 2, (Filiale Karlsbad, Markt 3.) welche bereits viele, viele Millionen Gewinne an ihre glücklichen Kunden ausbezahlt hat. Das Glück dieser Firma ist sprichwörtlich. Wie derweisen auf die Beilage in unserer heutigen Zeitung. Der geringe Vorrat an Gl. Losen dieser Stelle ist immer sehr bald erschöpft. Man bestelle daher noch heute per Postkarte. Preise: ein ganzes Los K 52.—, ein halbes K 26.—, ein Viertel Los K 15.—.



GEBEN SIE STETS

ELIDA
Shaving - Stick

der
unvergleichlich guten
Stangenrasierseife

den Vorzug.



Gerichtssaal.

Zur Beschlagnahme von Konopischt.

Gestern fand vor dem Verwaltungsgerichtshof die Berufungsverhandlung in Angelegenheit der Beschlagnahme des Gutes Konopischt statt. Ra dhem Gesetze vom 22. August 1921 Nr. 354 über die Uebernahme von Gütern und Besitztümern (gemäß dem Friedensvertrage) wurde bestimmt, daß unter dem Besitz des ehemaligen österreichischen Herrscherhauses auch die Güter und Besitztümer Franz Ferdinand d'Este und seiner Nachkommen fallen. War und Ernst Hohenberg hatten gegen eine Entscheidung des Ministeriums des Innern, die in diesem Sinne gefällt worden war, Beschwerde erhoben. Unter dem Voritze des OVR. Capel bestätigte der Verwaltungsgerichtshof die angefochtene Entscheidung mit der Begründung, daß das Hausgesetz der Habsburger, nach welchem die Hohenbergs nicht Mitglieder des gewesenen Herrscherhauses seien und auf das sich die Anfechtungsklage bezieht, für den Gerichtshof nicht maßgebend sei.

Der Prozeß gegen den Abgeordneten Vaaran.

Wie gemeldet wird, ist das Verfahren gegen den Abg. Vaaran bereits bis zur Abfassung der Klage fortgeschritten. Die Klage, welche vom ersten Staatsanwalt Dr. Ullmann verfaßt ist, lautet auf beschuldigte gewaltsame Eideidung und Unterbrechung der parlamentarischen Verhandlung, Bedrohung der Sicherheit des Lebens, „öffentliche Gewalttätigkeit“ nach § 76 St.-G., sowie „öffentliche Gewalttätigkeit“ unter besonderen Umständen“ nach § 87 St.-G. Der Prozeß soll vor dem Schwurgericht stattfinden, ein Termin ist noch nicht festgesetzt. Unter den vorgeladenen Zeugen befinden sich auch Präsident Tomasek, Abgeordneter Ritsch und der Direktor des stenographischen Parlamentsbüreaus Dr. Langhammer. Als Sachverständiger werden Prof. Dr. Slavik und Dozent Dr. Reimus fungieren.

Kunst und Wissen.

Ernst Toller, „Maschinenkürmer“ gelangte am Freitag in Berlin zur Aufführung. Bei dieser kam es zu großen politischen Demonstrationen gegen die Reaktion und die bayerische Regierung. Nach großen Beifalls- und Kundgebungen für Toller hielt ein junger Mann eine Ansprache, die in den Ruf ausklang: „Nieder mit der bayerischen Regierung!“ Als auf der Bühne eine Szene zur Darstellung kam, in der ein Volksheld sich für die Freiheit opfert, erschallen aus dem Publikum Rufe: „Rathenau.“ Zum Schlusse erinnerte Regisseur Martin in einer kurzen Rede daran, daß Toller noch immer gefangen gehalten werde, worauf die Zuschauer in stürmische Hochrufe auf Toller ausbrachen.

Garten-Konzerte. Ein besonderes Kapitel in der Geschichte des Konzertwesens bilden die Garten- oder Freiluftkonzerte, als deren besondere und wertvollste Abart seit der Entstehung der deutschen Männergesangsvereine zu Anfang des 19. Jahrhunderts die Garten-Liedertafeln anzusehen sind. Beide Konzertspezialitäten interessieren uns vor allem aus dem Grunde, weil sie die vorzüglichsten Stätten musikalischer Volkserziehung und Volksbildung darstellen. Insbesondere die Garten-Liedertafeln besitzen volksbildenden Wert. Sind doch die Männergesangsvereine ihrer Zusammensetzung und Gliederung nach ausgeglichene Volkskunst-Körperschaften und darum besonders dazu berufen und fähig, im Volke musikalischer zu wirken und die Tonkunst ins Volk zu tragen. Die Entstehung der öffentlichen Gartenkonzerte ist ziemlich alten Datums. Sie hängt innig zusammen mit der Geschichte der mehr und mehr zur Selbstständigkeit gelangenden Harmonik- und Musik des heiteren Stiles überhaupt, der heute wesentlichsten Bestandteile volkstümlicher Musik. Je mehr Beliebtheit diese beiden Stilgattungen erlangten, umso mehr erweiterten auch die auf ihrem Boden aufgewachsenen Garten- und öffentlichen Unterhaltungs- und Promenadenkonzerte ihren Wirkungsbereich. So hat sich in England jener freie Gartenkonzert-Stil, eine Art populärer Konzerte, frühzeitig entwickelt. Die in der Saison von Mai bis August abgehaltenen Konzerte verrichten gewöhnlich musikalische und Varietés-Genüsse in gleicher Weise. Besonders aber mußte die Zeit eines Lonnens und Strauß geeignet sein, dieser Art des Konzertwesens den Weg zu vollster Blüte zu ebnen, da sie das Schlagwort zeltigte: „Tanzenmusik ist Volksmusik“. Den wesentlichsten, auch heute noch maßgebenden Einfluß auf die Entwicklung des Gartenkonzert-Stiles übten die Militärkapellen aus. Als Vertreter der Harmonikmusik bestimmten sie das charakteristische Gepräge der Freiluft-Konzerte, haben diesen Einfluß behauptet und beherrschen diese ganze Kunstgattung. Einen wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der Garten-Konzerte übten die Männergesangsvereine aus. Weil sie bei ihren Vortragsordnungen auch Bedacht auf den Stil nahmen, wodurch die idealen Einflüsse der Musik immer nachdrücklicher zur Geltung kamen gegenüber den realen vergnüglichen und sich demgemäß auch der literarischen, moralischen und ästhetischen Erfolg der Musik beim Volke, bei der breiten Masse des Publikums unschwer einstellte. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Kunst des Männergesanges als die am meisten im Volke wurzelnde Tonkunst einer der vorzüglichsten Fortsetzungen der Männerkonzerte mehr und mehr Aufmerksamkeit erwiefen. Wenigstens anderwärts, namentlich im Deutschen Reich, wo die Männergesangskunst seit langem erkannt und geschätzt wird und die umfassendste Pflege findet. Hat doch erst dieser Tage der Verband der Berliner Männerchöre beschlossen, zum Ruhm des musikalischen Volkswohles an bestimmten Nachmittagen und Abenden der Woche regelmäßige Freiluftkonzerte in den größeren Parkanlagen der deutschen Reichshauptstadt abzuhalten, um dem Volke Gelegenheit zu geben, kostenlos gute Musik zu hören. Es ist mit aufrichtiger Freude zu begrüßen, daß auch die Prager deutschen Männerchöre sich ihrer, das musikalische Volkswohl betreffenden Sangespflichten erinnern haben und nach früherer Verpflichtung neuer wieder mit gartenkonzertmäßigen Veranstaltungen vor die Öffentlichkeit getreten sind. Am 16. Juni gab die deutsche Universität Sängerschaft mit Prof. Hlmer als Dirigenten ein Garten-Chorkonzert im deutschen Rasengarten, am 20. des gleichen Monats folgte der Deutsche Volksgesangsverein unter der Leitung seines ersten Sängemeisters Josef Seifert mit einer gleichen Veranstaltung am selben Orte nach. Beide Männerchöre räumten in ihren Programmen auch dem Volksliede einen entsprechend würdigen Platz ein; insbesondere der Volksgesangsverein hatte seiner Tradition gemäß mehr als die Hälfte der Vortragsordnung dem älteren und neueren deutschen Volksliede sowie dem volkstümlichen Liebes gewidmet. In gartenkonzertmäßiger Hinsicht ist über die Gartenkonzerte der beiden Vereine nur Gutes zu sagen. Beim Volksgesangsverein fiel die feste, klugvolle Kraft der Stimme auf, bei der Universitäts-Sängerschaft die fleghafte Schlagkraft der Tenöre; die Spezialität des Volksgesangsvereines ist die musterghiltige Abtönung der rhythmischen und dynamischen Gegenätze, jene der akademischen Sängerschaft nicht zu überbietende Kraft im Ausdruck. Von Arbeitergesangsvereinen der Provinz bietet sich ein reiches Feld der Tätigkeit, wenn sie, den oben angeführten Beispielen folgend, Freiluftkonzerte für das Proletariat an möglichst vielen Orten und möglichst oft abhalten wollten.

Neues Theater. Heute, den 2. Abend „Fiedermaus“ (die Nachmittagsvorstellung erspielt); Montag, den 3. Gastspiel Manowarda „Hörigold“; Dienstag, den 5. Gastspiel Manowarda-Lufmann „Waldfire“; Mittwoch, den 6. „Die tote Stadt“; Donnerstag, den 6. „777 10“; Freitag, den 7. Gastspiel Manowarda „Siegfried“; Samstag, den 8. „Der Wollf“; Sonntag, den 8. nachmittag „Pottsch und Perkmutter“, abend „Der Bettelstudent“.

Kleine Bühne. Heute, den 2. „777 10“; Dienstag, den 4. „Menagerie“; Mittwoch, den 5. „Flamme“; Freitag, den 7. „Rut rosch eine Frau“; „Deethovenfonate“; Mittwoch; Samstag, den 8. „Candiba“; Sonntag, den 9. „Raub der Sabinerinnen“.

Arbeite und spare!

ZIEHUNG

am
1. August 1922

der
Staatsprämien-Baulose.

Gezogen werden 1433 Haupttreffer in Beträgen von 1.500 Ké bis zu

1.000.000 Ké.

Im ganzen

Ké 8.000.000.—

Haupttreffer.

Das mit einem Haupttreffer gezogene Los spielt noch in der Tilgungsziehung weiter.

Jedes in der Tilgungsziehung gezogene Los bekommt das angelegte Kapital mit einer 2%, Zinsprämie zurück und spielt auf die Haupttreffer weiter.

Literatur.

Viktor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe.

Zum 70. Geburtstag Viktor Adlers erscheint in den nächsten Tagen das erste Heft einer Sammlung seiner Aufsätze, Reden und Briefe. Sie beginnt mit dem Briefwechsel von Viktor Adler und Friedrich Engels, dem die Aufsätze Adlers über die Klassiker des Sozialismus angehängt sind. Der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie, der das Werk veröffentlicht, läßt, schickt dem Buch ein Wortwort voraus, in dem es heißt: „Was Viktor Adler uns war, ist in unser aller Bewußtsein, denn jeden Tag tritt sein Wirken von neuem in allen Lebensäußerungen der österreichischen Arbeiterbewegung in Erscheinung. Der Wunsch, die Lebensgeschichte des Mannes, der das österreichische Proletariat geeinigt und zu entscheidender Machstellung geführt, zu besitzen, ist oft geäußert worden. Wir wollen mit den Vorbereitungen für die Biographie beginnen, indem wir die in Zeitungen und Zeitschriften verstreuten Aufsätze und Reden Viktor Adlers, ergänzt durch den politisch wesentlichen Teil seines Briefwechsels, sammeln und veröffentlichen. Bei dem intensiven politischen Leben der gegenwärtigen Periode, das alle Kräfte für die Aufgaben des Augenblicks in Anspruch nimmt, ist auch diese Arbeit nicht mit einem Schlag zu leisten. Wir haben uns daher entschlossen, Viktor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe bestweise herauszugeben, wobei jedes der Beste ein abgerundetes Ganzes bilden soll. Die Gliederung des Stoffes kann sich endgültig erst im Laufe der Arbeit ergeben, doch ist vorläufig die Teilung in folgende zwölf Hefte geplant:

1. Viktor Adler und Friedrich Engels.
2. Viktor Adler und Engelbert Bernerstorfer. Briefe aus der Jugendzeit.
3. Viktor Adler und die Gründung der österreichischen Sozialdemokratie.
4. Viktor Adlers Reden und Aufsätze über sozialdemokratische Taktik.
5. Viktor Adler und der Wahlrechtskampf in Oesterreich.
6. Viktor Adler und die „Arbeiter-Zeitung“.
7. Viktor Adler als Parlamentarier.
8. Viktor Adler, die Gewerkschaften und Genossenschaften.
9. Viktor Adler als Arzt, Hygieniker und Sozialpolitiker.
10. Viktor Adler und August Bebel. Aus dem Briefwechsel.
11. Viktor Adler und die Internationale.
12. Materialien zu einer Biographie Viktor Adlers. Bibliographie.

*) Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, V.L. Gumpendorferstraße 18. 162 Seiten. Preis 12.80 Ké. auf halbfreiem Papier 10 Ké.

Die Redaktion der einzelnen Hefte werden wir Genossen übertragen, die mit der betreffenden Materie besonders vertraut sind. Sie werden ihre Arbeit in Verbindung mit Friedrich Adler ausführen, in dessen Obhut sich der Nachlass seines Vaters befindet. Die Reihenfolge des Erscheinens der Hefte hängt von der Zeit der Fertigstellung ab. Wir beginnen die Veröffentlichung mit der Herausgabe des fesselnden Briefwechsels zwischen Viktor Adler und Friedrich Engels, der uns Einblick gewährt nicht nur in eine Zeit der wichtigsten politischen Entscheidungen und Kämpfe, sondern auch in das persönliche Leben Viktor Adlers, das in den schweren Kämpfern, die ihn in jeder Periode bedrückten, erhellt wurde durch die warme Freundschaft des großen Meisters der sozialistischen Theorie und Taktik. Wir glauben, den siebzigsten Geburtstag unseres Viktor Adler nicht schöner feiern zu können, als indem wir diese Briefe, an denen ein Stück seines Erbes hing, allen zugänglich machen, die ihn lieben und verehren."

Die Beitragsleistung großer Unternehmungen für den Gemeindefonds. Die Verordnung vom 27. April 1922 über die Regelung der Finanzwirtschaft der Gemeinden enthält u. a. auch zu § 27 dieses Gesetzes eingehende Vorschriften über die Beitragsleistung, die großen Unternehmungen behufs Deckung des durch sie verursachten größeren Gemeindefondsbedarfes auferlegt werden kann. Die Frage dieser Beitragsleistung wird in Nr. 12 des „Prager Archives“ (Prag II, Panska 12), von Dr. Friedrich Jantka eingehend behandelt, wobei Dr. Jantka zu einem ganz anderen Resultate als die Durchführungsvorordnung kommt. Hef 12 des „Prager Archives“ enthält außerdem die neuen Vorschriften über die wichtigsten Gemeindefondsabgaben (Einkommensteuern, Abgabe von Luxuswohnungen) und die Fortsetzung des Fristkalenders.

Änderungen der Gesetze und Verordnungen. II. Teil. Von Dr. Alexander Jever. (Verlag des „Prager Archives“.) Bei der in- und ausländischen, welche Bestimmungen der früheren Gesetze und Verordnungen noch gelten und inwiefern sie abgeändert wurden. Hier greift das Jeverische Werk tief ein. Es enthält alle alten österreichischen und ungarischen, sowie die tschechoslowakischen Gesetze und die böhmischen, mährischen und schlesischen Landesgesetze, welche im Jahre 1921 durch die tschechoslowakische Gesetzgebung oder durch Verordnungen eine Änderung erfahren haben oder auf welche in den Gesetzen und Verordnungen sonst hingewiesen wurde. Außerdem ist ein alphabetisches Verzeichnis aller Verordnungen und Erlasse für die Slowakei und ein alphabetisches Sachregister aller seit dem 28. Oktober 1918 durchgeführten, aufgehobenen oder sonst berührten Gesetze und Verordnungen beigelegt.

Bereinsnachrichten. Für Arbeiterlänger.

Im Rahmen der gesamten Arbeiterbewegung fristet eine Bewegung schlecht und recht ihr Dasein, ohne viel Aufmerksamkeit zu erregen, nämlich die Arbeiterlängerbewegung. Diese Bewegung, die soviel zur Hebung der kulturellen Bestrebung der Arbeiterschaft mit beitragen könnte, ist deshalb so wenig lebensfähig, weil ihr der stürmische Impuls der Jugend fehlt und weil sie an ihren Organisations-

Einrichtungen krankt. Wohl gibt es einige Vereine, die über gute Sänger verfügen, doch der Großteil der Vereine — und diese bilden schließlich den Grundstock des Verbandes — sind stümperhaft schwach, oder es fehlt ihnen vielmehr das richtige Verständnis für den Zweck ihrer Betätigung. Trotzdem die Verbandsleitung dies alles weis, unternimmt sie keinen Versuch, hier einmal energische Arbeit zu tun. Allerdings ist es bei der Zusammenführung der Verbandsfunktionäre schwer, rasche Arbeit zu leisten. So legt sich der Verbandsvorstand aus Genossen zusammen, die weit voneinander entfernt wohnen; in Teplitz, Graupen, Drahowitz, Reichenberg, Aussig oder Dux, also jeder recht weit vom Schuß. Warum hat man nicht einen Vorstand gewählt, der eng beisammen wohnt, der jederzeit, ohne viel Kosten, zusammentreten kann? Allerdings könnte keine andere Funktionärsausstellung erfolgen, weil der Verbandstag nur aus ganz wenigen Gausvertretern besteht. Jede Bewegung läßt bei ihren Verbandsversammlungen in erster Reihe die Vereine mitbestimmen, nur die Sängerbewegung geht hier anders Wege. Und gerade die Vereine gehören zu solchen Zusammenkünften, erhalten sie doch ihre Anregung in Hülle und Fülle. Auch die Gau- und Bezirks-einteilung weist noch viele Mängel auf, wodurch die Vereine mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen sind. Ein weiteres Uebel ist die für unsere Verhältnisse ganz unzureichende Zeitung. Was gehen uns die Verhältnisse der österreichischen Vereine an, was kümmern uns die Namen der dort gewählten Funktionäre, wenn in der Zeitung nicht wichtiger Fragen behandelt werden. Warum wir fingen, wie gesungen werden soll, wie die Organisation auf ein breiteres Grundlago gestellt werden kann, solche und ähnliche Fragen werden nicht erörtert.

Wir brauchen eine Zeitung, die für unsere Verhältnisse geschrieben ist. Jeder Verband hat sich seine eigene Zeitung geschaffen und nur wir können uns nicht dazu aufraffen. Für die Kosten müßten die Vereine aufkommen und es würde ein Verbandsbeitrag von 70 h, ein Gausbeitrag von 20 h und ein Bezirksbeitrag von 10 h, wohl in jeder Weise alles decken. Es müßte eben der Zwang eingeführt werden. Es werden wohl die wenigsten Vereine Monatsbeiträge unter 2 K einheben, warum sollte also nicht das Gute mit dem Nützlichen verbunden werden? Es muß nur einmal der Wille zur Tat umgesetzt werden.

Vorstehendes soll dazu beitragen, einmal energischer die Arbeiterbewegung auszubauen. Haben wir eine Zeitung, dann können alle Probleme, die noch zu lösen sind, besprochen werden.

Turnen und Sport. Zwei Welten.

In einem reichsdeutschen Arbeitersportklub finden wir einen Artikel, der jedoch auch auf die Verhältnisse in diesem Staate paßt.

**Weinessig-
und
Essigspritzfabrik
Quido Spalek Sohn
Leitmeritz a. E.**

empfehlen ihre nach neuesten Gärverfahren erzeugten vorzüglichen Essige.

White Star Line
MAJESTIC 58.551 Tonnen.
Der größte Dampfer der Welt.
Olympic 46.439, Homeric 34.692 Ton.



EXPRESSVERKEHR NACH:
AMERIKA-CANADA

Nach:	Dampfer:	Abfahrts:
New York	Adriatic	Juli 8.
Quebec-Montreal	Canop	11.
Boston-Philadelphia	Plitaburg	11.
New York	Homeric	12.
New York	Celtic	15.
Quebec-Montreal	Canada	17.
New York	Majestic	19.
Quebec	Poland	19.
New York	Baltic	21.
Quebec-Montreal	Regina	21.
New York	Centric	22.
Quebec-Montreal	Megastie	22.
New York	Olympic	Aug. 1.
Quebec-Montreal	Canopic	1.
New York	Adriatic	1.

* Neue Dampfer. † Direkte Verbindungen von Bremen, nur für Reisende III. Klasse. 974
Informationen auch schriftlich erteilt.
WHITE STAR LINE
PRAHA, Václavské náměstí 66.
Telegr.-Adr.: Homeric, Praha. Telefon 1482.

Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeiterschaft (die nirgends so mit Recht als Proletariat bezeichnet wird, als bei uns) haben ihre spezifisch deutsche Ursache in der treibhausmäßigen Entwicklung unseres Landes vom Agrar- und Gelehrtenstaat zum volksausbeutenden Industriestaat, mit seinen Ausdehnungsbedürfnissen inmitten einer bereits von älteren kapitalistischen Nationen verteilten Welt. Das war bekanntlich auch die Hauptursache des Weltkrieges. Der Geist des Gründertums in einem halbmodernen und halbbarbarischen Staatswesen, wie wir es bis zum Kriege hatten und zum Teil heute noch haben — die Umstellung kann nur das Werk eines langen Entwicklungsprozesses sein — konnte eine andere Wirkung nicht haben.

Darum ist aber auch die Klassenscheidung auf gesellschaftlichem und ihm verwandten Gebiete eine ganz natürliche, und kein Behelligen kann, daran etwas ändern. Und sie ist sogar gut. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist das treibende Moment in der gesellschaftlichen Entwicklung. Damit ist nicht gesagt, daß sich dieser Kampf in Formen vollziehen muß, die ebenfalls als barbarisch anmuten. Es ist sehr wohl möglich, daß auch für diesen Kampf die moderne Zivilisation Formen findet, die nicht mehr so verzweifelte Ähnlichkeit mit denen des Krieges haben. Das aber ist wiederum eine Entwicklungsfrage und mit dem guten Willen allein nicht zu lösen. Daß aber dieser Kampf um die gesellschaftliche Höherentwicklung mit dem Ziele der Beseitigung der Klassen selbst mit allem Nachdruck und auf allen Gebieten zugleich geführt werden muß, darüber sollte ein Zweifel gar nicht auskommen. Ganz besonders gilt das sogar für das sportliche Gebiet. Warum wohl? Weil der Sport in der Tat eines der Mittel ist, die Arbeiterjugend über ihre immer noch nicht beneidenswerte wirtschaftliche Lage mit all ihren Begleiterscheinungen hinweg zu täuschen und sie wenigstens insoweit mit ihr auszuföhnen, daß sie den Kampf dagegen mit weniger Energie führt. Die Beispiele der anderen Länder, die man uns so gern als Muster sportlicher Eintracht zwischen Bürger und Arbeiterschaft vorführt, beweisen uns, welche Macht der Sport in Händen des Bürgertums ist. Gerade in diesen Ländern kann die politische Arbeiterbewegung nur schwer aufkommen, man braucht nur auf England, besonders aber auf Amerika zu verweisen. Andererseits kann man wenigstens für die beiden genannten Länder konstatieren, daß der gewerkschaftliche Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters innerhalb der als gegeben hingenommenen Gesellschaftsordnung oft mit einer bewundernswerten Geschlossenheit und Ruhe geführt wird. Das ist ein Beweis dafür, daß der Sport an sich Kulturhungers schafft und den Menschen zur Verbesserung seiner Lebenshaltung mächtig antreibt, daß er aber sonst, von bürgerlichen Händen geleitet, in hohem Maße geeignet ist, die Jugend in bürgerlicher Denkart erhalten, und das mit dem System des Klassenstaates nicht gefährlich wird.

Darauf aber kommt es gerade an. Der Sport schafft gewiß keine politischen Revolutionen und eine

Materialwaren en gros

- MEFISTO feinglanzpaste in Dosen.
- „KIK RIKI“ farbiges Gesichtspulver.
- Biorersatz.
- „BRUNIN“ Teiggewürze.
- „KYPIK“ Backpulver, Hefeersatz.
- VANILINZUCKER garantiert rein.

erzeugt und liefert
Vincenz Joh. Brun.
Prag-Karolinenthal.

Sportrevolution würde sich von einer bayerischen Bierrevolution nicht sonderlich unterscheiden, aber er darf auch nicht das Werkzeug in Händen der Gegenrevolution sein, er darf nicht die Wirkung haben, daß sich seine Träger in bürgerliche Denkwiese verlieren und damit dem Gedanken des Klassenkampfes — über dessen Formen hier nicht gesprochen werden braucht — verloren gehen.

Es ist ein völlig aussichtsloses Unterfangen, die deutschen Arbeitersportler unter Hinweis auf die Verhältnisse in anderen Ländern davon überzeugen zu wollen, daß sie sich auf falschem Wege befinden; sie sind politisch genügend geschult, um zu wissen, warum sie ihre eigenen Wege gehen. Die fortbauenden Versuche unserer bürgerlichen Sportler, zwischen sich und uns eine Art Einheitsfront herzustellen, wirken nachgerade langweilig und zeugen von wenig Einsicht in das Wesen unserer Bewegung. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß sich hin und wieder ein uns fernstehender Sozialist findet, der dem bürgerlichen Sport zuneigt, weil er selbst noch bürgerlich denkt.

Heutige Wettspiele in Prag. Sparta Karlsbad gegen Hertha Troppau, Karlsbader FK gegen Viktoria Sportklub, Meteor VIII gegen DFC, Brno gegen Ochie Karlin, Slavoj Zizkov gegen Viktoria Zizkov.

Die Reise des IFA. Gestern vormittag ist die Expedition des Teplitzer Fußballklubs, 18 Mann stark, über Bodenbach, Berlin nach Rotterdam abgereist, wo am 4. Juli ein Wettspiel gegen „Feyenoord“ absolviert wird. In Holland schließt sich Boas-Haag der Reisegesellschaft an, welche dann am 5. Juli an Bord der „Jeslandia“ die Überfahrt nach Buenos Aires antritt. Die Seereise dauert 21 Tage. Bis jetzt sind 10 Wettspiele in Sao Paulo, Rio de Janeiro, Montevideo, Paulistana, und Buenos Aires vorgelesen, doch können auch weitere an Ort und Stelle abgeschlossen werden. Auf der Rückreise sind noch Wettspiele in Barcelona geplant.

Berausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Gesellschaft Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Zizka.
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

**BÖHMISCHE
UNION-BANK**
Eingezahltes - Aktienkapital
160.000.000 Ks.
Reservafond 88.400.000 Ks.

FILIALEN:
Asch, Braunau i. B., Brünn,
Freiwaldau, Friedek-Mistek in
Schlesien, Gablonz, Graslitz,
Hohenelbe, Jägerndorf, Karls-
bad, Königshof a. E., Marien-
bad, Mähr.-Ostrau, Mähr.-Schön-
berg, Neutitschein, Olmütz,
Prossnitz, Reichenberg, Rumburg,
Saaz, Trautenau, Troppau

Telephon-Nr. 2006-210, 6980-6989
7933-7936 und 7988.
Depeschonadresse: UNION-BANK.
Kommandite in Wien.
Durchführung aller
bankgeschäftlicher
Transaktionen.

Amerikanische **DALTON**
Addiermaschinen, Rechenmaschinen
BRUNSVIGA, **MERCEDES**
Amerikanische
MONARCH-SCHREIBMASCHINEN
Vervielfältigungsapparate
SCHAPIROGRAPH
la. Farbbänder und Karbonpapier
„Courant-Spitzmaschinen“
L. u. G. Halphen Prag
Mikulášká 22/4. Telefon 2342.
Filiale: Wien VI., Köstlergasse 6.
Reparatur aller Bureauamaschinen.

Gummi-Regenmäntel
von 100.— aufwärts kaufen sie bestens beim Erzeuger Wm. J. Arnold, Bauhärdl bei Reichenberg.
Verlangen Sie mit Karte unverbindl. demüth. Einbot.
561

Verlangt ausschließlich
Schweineschmalz u. Schweinespeck
Marke **Morris Supreme**
von der
Morris Packing Company, Chicago.
Vortr.: Wih. Schliesinger & Co., Prag-Karlin.

Riunione Adriatica di Sicurtà in Triest
Gegründet 1838. — Aktienkapital und sonstige Garantiemittel per Ende 1919 über 280.000.000 Lira.
Direktion für die Tschechoslowakische Republik. **Prag II.** Vrchlického sady 15.

Versicherungen auf das Leben der Menschen, gegen Feuer-, Blitz- und Explosionschäden, gegen Hagelschäden, ferner See-, Fluss- und Landversicherung jeder Art. Versicherungen von Glasscheiben und Glocken gegen Bruchschäden, Versicherungen gegen Schiffe, verursacht durch Einbruchdiebstahl und Vermögensversicherungen. — Über Wunsch werden von der Direktion Prospekte u. Kostenaufrechnungen eingeschickt. — Telefon Nr. 1045, 863 u. 3417.

Kenner kaufen **Kaufmanns Czernoseker Weintrester-Essig!** **Sozialdemokrat!** Inserieren Sie im